



für Innovative Politik transformativen Wandel

Umsetzung der Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung



UNRISD
United Nations Research Institute for Social Development



Herausgeber der deutschen Übersetzung:

Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen e.V.
www.dgvn.de

Das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, das interdisziplinäre Forschung und Politikanalysen zu den sozialen Dimensionen aktueller Entwicklungsthemen durchführt. Durch unsere Arbeit möchten wir dazu beitragen, dass sozialer Ausgleich, Inklusion und Gerechtigkeit zentrale Aspekte von Denken, Politik und Praxis im Entwicklungsbereich sind.

UNRISD finanziert sich vollständig aus freiwilligen Beiträgen von nationalen Regierungen, multilateralen Gebern, Stiftungen und anderen Quellen. Das Institut erhält keine finanzielle Unterstützung aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen. Wie bei allen unseren Aktivitäten wäre der UNRISD Flagship-Bericht 2016 ohne die freiwilligen Mittelzuwendungen unserer institutionellen und Projektförderer nicht möglich gewesen. Ganz besonders bedanken wir uns für die Unterstützung, die wir im Zeitraum 2015/16 von den Regierungen Schwedens, der Schweiz und Finnlands erhalten haben.

Copyright © Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD). Bei Nennung der Quelle dürfen kurze Auszüge ohne Genehmigung unverändert wiedergegeben werden. Genehmigungen zur Wiedergabe oder Übersetzung können bei UNRISD beantragt werden, das solche Anträge begrüßt.

Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung von Materialien beinhalten keine Stellungnahme seitens UNRISD bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets beziehungsweise ihrer Regierungs-/Verwaltungsinstanzen oder bezüglich des Verlaufs ihrer Staats- oder Gebietsgrenzen.

Oktober 2016

UNRISD

Palais des Nations, CH-1211 Genf 10, Schweiz
T: +41 (0)22 9173020
info@unrisd.org
www.unrisd.org

Sollten nach der Drucklegung Fehler oder Auslassungen festgestellt worden sein, werden diese unter www.unrisd.org/flagship2016 dokumentiert.

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
E-Mail: info@dgvn.de
Web: <http://www.dgvn.de>
Berlin, 2016

Deutsche Übersetzung aus dem Englischen: Klaus Birker
Satz: Cornelia Agel
Redaktion: Katja Hujo (UNRISD), Harald Braumann (UNRISD), Oliver Hasenkamp (DGVN)

Diese Publikation erscheint mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) ist ein eingetragener Verein, der sich seit 1952 für eine **Stärkung der Vereinten Nationen als zentralen Akteur internationalen Beziehungen** einsetzt und die deutsche Öffentlichkeit in konstruktiv-kritischer Weise über die Ziele, Institutionen und Aktivitäten der Vereinten Nationen informiert. Sie sieht sich als **Kompetenzzentrum in Deutschland für UN-Politik und globale Herausforderungen**. Die kritische Begleitung der deutschen UN-Politik ist dabei ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

Die DGVN publiziert regelmäßig deutschsprachiges **Informationsmaterial** zu den Strukturen sowie wichtigsten Arbeitsbereichen der Vereinten Nationen und führt **öffentliche Veranstaltungen**, beispielsweise Vorträge, Podiumsdiskussionen und Tagungen, durch. Außerdem betreibt sie eine aktive **Jugendarbeit**, indem sie unter anderem mit dem Jungen UNO-Netzwerk (JUNON) zusammenarbeitet, das Projekt „UN im Klassenzimmer“ durchführt und einer der Träger des deutschen Jugenddelegiertenprogramms zur UN-Generalversammlung ist.

Die DGVN ist Mitglied im Weltverband der UN-Gesellschaften (WFUNA). Sie ist überparteilich, unabhängig und als gemeinnützig anerkannt.

Wenn Sie unsere Ziele unterstützen und unsere Arbeit fördern möchten, können Sie dies tun, indem sie Mitglied der DGVN werden. Mit einer **Mitgliedschaft** in der DGVN erhalten Sie automatisch auch die Fachzeitung VEREINTE NATIONEN. Weitere Informationen gibt es unter www.dgvn.de/mitgliedschaft

Kontakt:
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27
D – 10969 Berlin
Telefon: (030) 25 93 75 – 0
Telefax: (030) 25 93 75 – 29
E-Mail: info@dgvn.de
Webseite: www.dgvn.de

für Innovative Politik transformativen Wandel

Umsetzung der Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung

INHALT DES BERICHTS

Kapitel 1 – Nachhaltige Entwicklung und
transformativer Wandel: ein konzeptioneller Rahmen

Kapitel 2 – Neue Trends und Innovationen
in der Sozialpolitik

Kapitel 3 – Sorgepolitik:
ihr Transformationspotenzial ausschöpfen

Kapitel 4 – Sozial- und Solidarökonomie
durch die öffentliche Hand fördern

Kapitel 5 – Nachhaltige Entwicklung
in Zeiten des Klimawandels

Kapitel 6 – Inländische öffentliche Finanzierungsmittel
zugunsten nachhaltiger Entwicklung mobilisieren:
auf dem Weg zu einem progressiven Fiskalvertrag

Kapitel 7 – Die ökosoziale Wende voranbringen:
Governance und Politik

Kapitel 8 – Der Blick nach vorn:
Wege zu transformativem Wandel

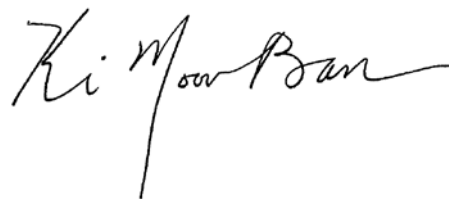
VORWORT ZU DEM BERICHT

Die Gesellschaften weltweit sind mit vielen komplexen und verflochtenen Herausforderungen wie Armut, Ungleichheit, Umweltzerstörung, demografischem Wandel, Diskriminierung und Gewalt konfrontiert, die unsere Bemühungen gefährden, Menschen überall in die Lage zu versetzen, friedlich, menschenwürdig und würdevoll auf einem gesunden Planeten zu leben.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist unser gemeinsamer Plan, um diese Zukunft zu bauen. Dieser Bericht des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung mit dem Titel *Innovative Politik für transformativen Wandel* bietet nützliche Orientierungshilfe zu der Frage, wie Länder die angestrebten Ziele der Agenda 2030 verwirklichen können. Er hebt hervor, wie wichtig es ist, die tieferen Ursachen von Problemen anzugehen sowie der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimension nachhaltiger Entwicklung wieder in ausgewogener Weise Rechnung zu tragen.

Er zeigt, wie manche Regierungen – viele von ihnen im globalen Süden – durch inklusive politische Prozesse, neue Partnerschaften und neue Governanceansätze beispielhaft vorangehen. Der Bericht geht auch auf die wichtige Rolle von Zivilgesellschaft und Bürgerbewegungen dabei ein, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, und auf neue Formen wirtschaftlicher Tätigkeit, die soziale und ökologische Anliegen explizit berücksichtigen.

In den Jahren bis 2030 werden wir viel dazu zu lernen haben, wie wir diesen transformativen Wandel verwirklichen können. Forschung von Organisationen wie UNRISD wird weiterhin eine wichtige Rolle dabei spielen, uns zu helfen, die zugrunde liegenden Veränderungsprozesse und ihre Triebkräfte zu verstehen, und Ländern zu helfen, voneinander zu lernen. Zu einer Zeit, in der die Ressourcen strapaziert sind und über viele Probleme verteilt werden müssen, ist es von großer Bedeutung, die Forschungsförderung aufrechtzuerhalten. Uns bleiben nur wenige Jahre, um alles zu einem guten Ende zu bringen. Vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Bemühungen zur Erfüllung des Versprechens, niemanden zurückzulassen, empfehle ich die Ergebnisse dieses Berichts einem breiten globalen Publikum.



Ban Ki-moon
Generalsekretär der Vereinten Nationen
Oktober 2016



Dieses Verschönerungsprojekt in Pachuca (Mexiko) war auch ein Instrument für soziale Veränderung, das in weniger Gewalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen resultierte.

Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung



Die Staatslenker der Welt haben sich verpflichtet, unsere Welt zu transformieren und bei den Bestrebungen um nachhaltige Entwicklung niemanden zurückzulassen. Was muss jetzt geschehen, damit die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ihrem Transformationsversprechen gerecht werden kann? Welche Politiken und Maßnahmen werden zu sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Gerechtigkeit führen?

Forschungsergebnisse, die im UNRISD Flagship-Bericht 2016 mit dem Titel *Innovative Politik für transformativen Wandel* vorgestellt werden, zeigen:

- Um den für Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung verantwortlichen Teufelskreis zu durchbrechen, bedarf es transformativen Wandels, der statt

an den Symptomen unmittelbar an den zugrunde liegenden Ursachen dieser Probleme ansetzt.

- Transformativer Wandel kann durch innovative Politiken herbeigeführt werden, abmildernde und isolierte Ansätze überwinden und eine „ökosoziale“ Wende in Denken und Praxis im Entwicklungsbereich fördern.
- Innovative Politiken, denen solide Erkenntnisse zugrunde liegen und die auf normativen Werten wie sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit beruhen, müssen durch inklusive politische Prozesse, neue Formen der Partnerschaft, mehrere Ebenen umfassende Governancereformen und gestärkte staatliche Kapazität geschmiedet werden.

Transformation zugunsten nachhaltiger Entwicklung verstehen

Im September 2015 verständigte sich die internationale Gemeinschaft auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die für die nächsten 15 Jahre für Politik und Praxis im Entwicklungsbereich auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene richtungsweisend sein wird. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) folgen auf die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), die erfolgreich die Bemühungen um die Verringerung der Armut und die soziale Entwicklung mobilisierten, aber auch Defizite und Lücken aufwiesen.¹ Diese mit Hilfe einer Agenda zu überwinden, die „niemanden zurücklässt“ (leave no one behind), ist das Bestreben der Vereinbarung von 2015 und der SDGs. Der stärker inklusiv gestaltete Prozess der Formulierung und Aushandlung der Ziele resultierte nicht nur in einer umfassenderen Vorstellung von Entwicklung, sondern schuf auch die Grundlagen für einen inklusiveren Umsetzungs- und Monitoringprozess.

Die „Transformation unserer Welt“ – so der Titel der Agenda – ist eine wesentlich anspruchsvollere Aufgabe als weiterzumachen wie bisher und geht deutlich über den engeren Fokus der Millenniums-Entwicklungsziele hinaus. Transformation erfordert, an den zugrunde liegenden Ursachen anzusetzen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme und Ungleichgewichte auslösen und reproduzieren, und nicht nur an ihren Symptomen.

Die transformative Agenda 2030 ist zu begrüßen. Statt isolierter Politiken in separaten Bereichen könnte sie zu Politikintegration führen und eine „ökosoziale“ Wende einleiten – einen normativen Übergang und eine Politikverlagerung hin zu einer stärkeren Berücksichtigung ökologischer und sozialer Ziele in Entwicklungsstrategien –, die in wirklich transformativen Ergebnissen resultiert, was menschliches Wohlergehen und auf Rechten basierende, inklusive Entwicklung betrifft.² Damit verbindet sich de facto die Vorstellung, etwas anders zu machen, um radikal unterschiedliche Ergebnisse zu erreichen, statt weiterzumachen wie bisher, – und die Hoffnung, den Teufelskreis von Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung zu durchbrechen, dem die Menschen und der Planet ausgesetzt sind.

Was muss also jetzt geschehen, damit die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ihrem Transformationsversprechen gerecht werden kann? Welche Politiken würden zu sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Gerechtigkeit führen? In diesem Bericht steuert UNRISD Antworten auf diese Fragen bei, indem das Institut:

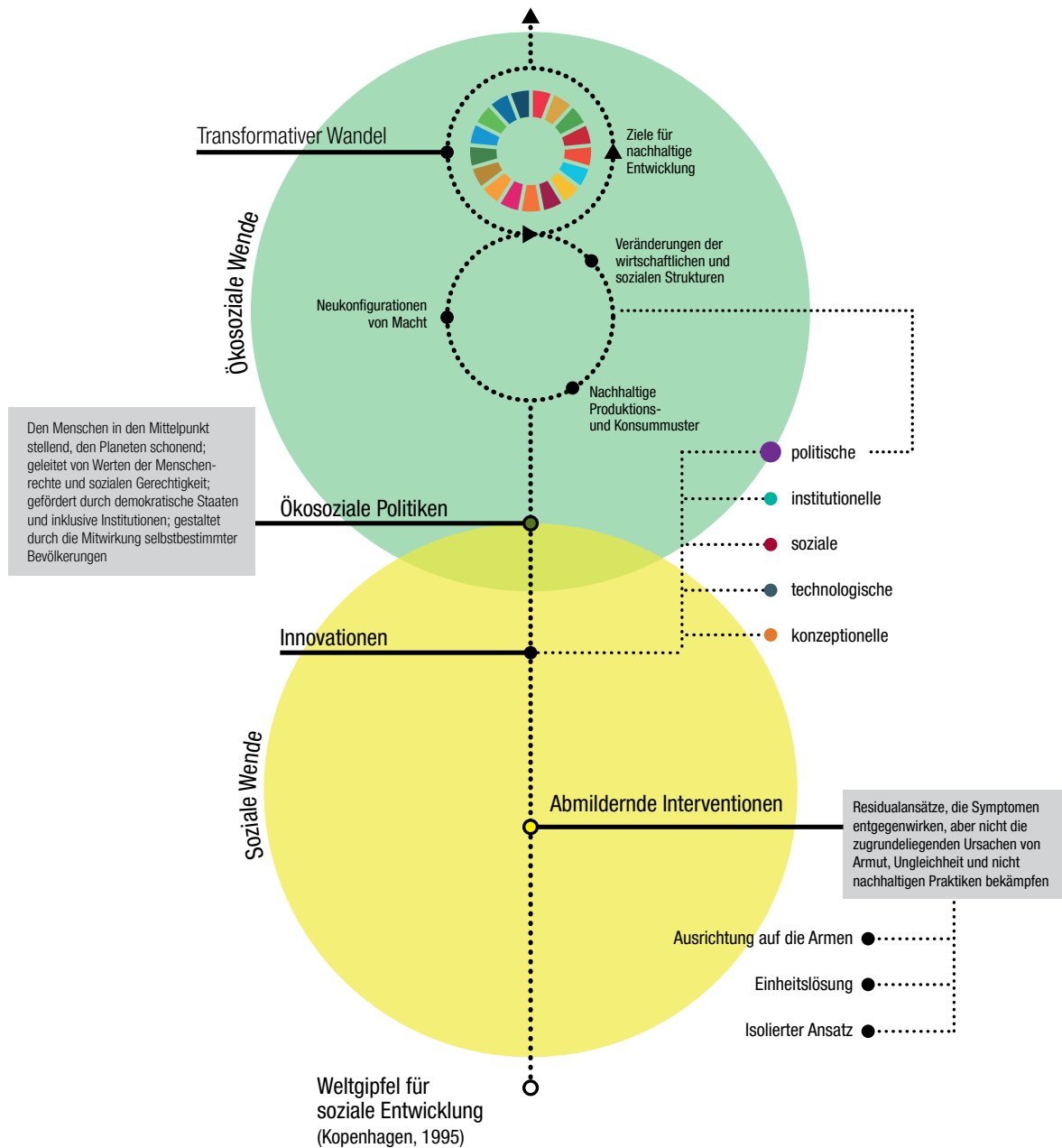
- das Konzept von „Transformation“ beleuchtet, dem sich die Regierungen verpflichtet haben, und den Begriff *transformativer Wandel* verwendet, um qualitative Veränderungen in unterschiedlichen Politikbereichen zu beschreiben, die zur Verwirklichung der SDGs erforderlich sind; und
- integrierte politische und institutionelle Reformen und *Innovationen* sowie Bedingungen für ihre Durchführung präsentiert, die potenziell transformativen Wandel fördern können, der zu nachhaltiger Entwicklung führt.

Wie transformativer Wandel definiert ist

Aus dem Blickwinkel von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit lautet die zentrale Frage, wie in Transformation resultierende Veränderungsprozesse katalysiert werden können. Auch wenn die Begriffe transformativ und Transformation mittlerweile verbreitet im Entwicklungsdiskurs verwendet werden, bleibt ihre Bedeutung häufig vage und verweist auf wünschenswerte Ergebnisse wie Inklusion und Nachhaltigkeit. Im Gegensatz dazu konkretisiert dieser Bericht die zur Verwirklichung von mehr Gleichheit, Nachhaltigkeit und Selbstbestimmung erforderlichen Veränderungsprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft.

Bei transformativem Wandel handelt es sich gemäß der Definition in diesem Bericht um Veränderungen in allen drei Dimensionen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: der wirtschaftlichen, der ökologischen und der sozialen. Zur Förderung beschäftigungsintensiver Wachstumsmuster, die makroökonomische Stabilität und politische Handlungsspielräume gewährleisten, müssen die wirtschaftlichen Strukturen verändert werden. Damit diese wirtschaftlichen Veränderungen ökologisch nachhaltig sind, bedarf es tiefgreifender Veränderungen der Produktions- und Konsummuster sowie des Energieverbrauchs, die durch Rechtsvorschriften, Regulierung und staatliche Politikmaßnahmen herbeigeführt werden müssen. Vor allem müssen jedoch Veränderungen der sozialen Strukturen und Beziehungen stattfinden, wozu auch zählt, der größer werdenden wirtschaftlichen und politischen Macht von Eliten sowie Stratifikationsmustern in Bezug auf Klasse, Geschlecht, Ethnizität, Religion oder Ort entgegenzuwirken, die Menschen (einschließlich zukünftiger Generationen) dauerhaft benachteiligen sowie ihre Entscheidungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume beschränken können. Sie bedeuten auch, dass sich sowohl formelle als auch informelle Normen

Grafik Ü.1. Transformativen Wandel verstehen



und Institutionen mit einem Einfluss auf das Verhalten von Menschen und Organisationen in Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Politik ändern müssen.

Transformativer Wandel, der so begriffen wird, ist ein langfristiger Prozess, der sowohl individuelles Handeln des Einzelnen als auch kollektives Handeln von Gesellschaften erfordert. Seine Mittel und seine Ergebnisse umfassen die sichtbare und messbare wirtschaftliche und politische Stärkung benachteiligter und vulnerabler Gruppen; verbesserte Geschlechtergleichstellung in allen Bereichen; stärker an Gleichheitsprinzipien ausgerichtete Umverteilung von Einkommen und Wohlstand; aktives staatsbürgerliches Engagement mit stärkerer

Einmischung von Organisationen der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen; Veränderungen der Machtbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden und der globalen Governanceinstitutionen; die Besserstellung von Kleinunternehmen, ländlichen Erzeugern und informellen Erwerbstätigen; und eine Umkehr der Hierarchien von Normen und Werten, die soziale und ökologische Ziele wirtschaftlichen Anliegen unterordnen.

Klar ist, dass an transformativem Wandel eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist, und transparente und demokratische politische Prozesse unter Beteiligung all dieser Akteure ebenfalls Teil der angestrebten Transformation sind.

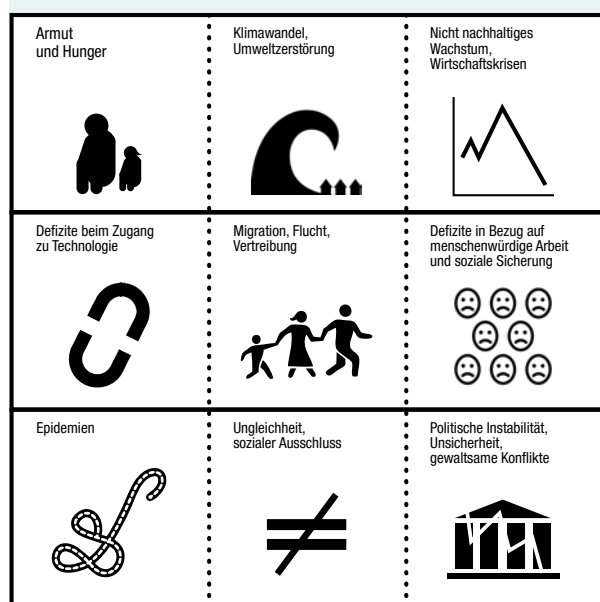
Der Kontext

Bei den SDGs wurde der Schwerpunkt auf verknüpfte und unteilbare Mehrfachziele gelegt. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es integrierter Politikrahmen. Diese ganzheitliche Vorstellung spiegelt sich im Ansatz zu sozialer Entwicklung von UNRISD wider. Das Institut hat seit langem die Integration von Wirtschafts- und Sozialpolitik hervorgehoben sowie die Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit, der Menschenrechte und der Geschlechtergleichstellung.³

Die mit Hilfe der Agenda 2030 zu verwirklichenden Mehrfachziele beziehen sich unmittelbar auf die Herausforderungen unserer Zeit: Armut und Hunger; Klimawandel; nicht nachhaltiges Wachstum und Wirtschaftskrisen; Migration, Flucht und Vertreibung; Epidemien; Ungleichheit; sozialer Ausschluss; Defizite in Bezug auf menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherung; sowie politische Instabilität, Unsicherheit und gewaltsame Konflikte (Grafik Ü.2).

Im aktuellen Kontext eröffnen sich jedoch auch Chancen, die sich positiv auf transformativen Wandel auswirken könnten. Eine besteht darin, die Dynamik der Agenda 2030 zu nutzen, um das Bewusstsein zu schärfen und die Allianzen zu schmieden, die notwendig sein werden, um die Umsetzung auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene voranzutreiben. Andere entstehen aus dem breiten Spektrum globaler Initiativen und Partnerschaften mit dem Ziel, fortschrittliche Veränderungen auf der nationalen Ebene zu unterstützen, – von der Empfehlung betreffend den innerstaatlichen sozialen Basisschutz (ILO Empfehlung Nr. 202) bis zum Pariser Klimaschutzabkommen.

Grafik Ü.2. Globale Herausforderungen unserer Zeit



Was die Forschung von UNRISD zeigt

In vielen unterschiedlichen Bereichen stattfindende Innovationen spiegeln ein gemeinsames Interesse an der Bereitstellung von Lösungen für die komplexen und miteinander verknüpften Probleme wider, mit denen die Länder konfrontiert sind (Kasten Ü.1). Um transformativen Wandel in einem positiven und fortschrittlichen Sinn fördern zu können, müssen politische, institutionelle, soziale, technologische und konzeptionelle Innovationen jedoch bestimmte Bedingungen erfüllen.

In diesem Bericht geht UNRISD sorgfältig auf einige zentrale Innovations- und Reformbereiche ein, untersucht die Erkenntnisse über Faktoren zugunsten transformativen Wandels in konkreten Kontexten und insbesondere in Entwicklungsländern und ermittelt Schwierigkeiten und potenzielle Widersprüche. Der Bericht analysiert, welche Konzepte und Ansätze zur Verwirklichung der SDGs beitragen werden, und erforscht Wege zur Förderung der Politikkohärenz sowie der demokratischen und partizipatorischen Prozesse und Institutionen, die dazu erforderlich sein werden.

Der Bericht analysiert dazu:

- neuere Innovationen, die zur Umsetzung der Agenda 2030 genutzt werden können;
- die Frage, ob Innovationen wirklich transformativen Wandel begünstigen; und
- die notwendigen Voraussetzungen, damit transformative Innovationen erfolgreich sind.

Der Bericht besteht aus acht Kapiteln.⁴ Kapitel 1 beschreibt einen Rahmen, um transformativen Wandel zu verstehen, und identifiziert sowohl Chancen als auch Herausforderungen in der Umsetzung der Agenda 2030 im aktuellen globalen Kontext. Im Anschluss analysiert der Bericht das Transformationspotenzial von Reformen und Innovationen in sechs zentralen Bereichen, die für mehrere SDGs von Bedeutung sind und zu denen UNRISD über eine reichhaltige Evidenzbasis auf der Grundlage seiner jüngeren Forschungsaktivitäten verfügt, die das Institut nutzen kann. Diese Bereiche sind Sozialpolitik, Sorgepolitik, Sozial- und Solidarökonomie, Klimawandel und Nachhaltigkeit, Mobilisierung inländischer Finanzierungsmittel sowie Governance und Politik (Grafik Ü.3). In Kapitel 8 werden die wichtigsten Ergebnisse aus den sechs Bereichen zusammengeführt, um Wege zu transformativem Wandel zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu beschreiben.

Hinweis: Die Symbole für Technologiedefizite, Migration und Epidemien wurden von Iconoci, Gerald Wildmoser beziehungsweise Rohit Arun Rao gestaltet und stehen über The Noun Project unter einer Creative-Commons-Lizenz. Die Symbole für Klimawandel und Defizite in Bezug auf menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherung sind lizenzfrei.

Kasten Ü.1. Innovationen für transformativen Wandel

Politische Innovation: Politische Innovation ist besonders augenfällig in mehreren Regionen des globalen Südens. In den letzten zwei Jahrzehnten haben viele Entwicklungsländer politische Konzepte umgesetzt, um die Reichweite der sozialen Dienstleistungen oder Sicherungssysteme auf zuvor ausgeschlossene Gruppen auszuweiten, und durch progressive Steuerreformen oder die wirksamere Abschöpfung von Rohstoffrenten auf innovative Weise finanziert. Auf der globalen Ebene wurden nach der Finanzkrise von 2008 neue Politiken zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und von sozialem Basisschutz entwickelt, und die Prozesse Rio+20 und COP21 haben politische Innovation im Bereich nachhaltiger Entwicklung ausgelöst.

Institutionelle Innovation: Politische Innovation auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene ist mit institutioneller Innovation verknüpft. Dies umfasst neue normative, regulatorische und rechtliche Instrumente; Veränderungen der ordnungspolitischen Regelungen im Zusammenhang mit partizipatorischer Demokratie, öffentlich-privaten Partnerschaften und Normensetzung unter Beteiligung vieler Interessengruppen, wo sich neue Interessengruppen oder Kombinationen von Akteuren an Leistungserbringung, Finanzierung und Entscheidungsprozessen beteiligen; „multiskalare“ Governance, wo solche Prozesse und Institutionen auf der lokalen, subnationalen, nationalen, regionalen und internationalen Ebene verbunden werden; und institutionelle Komplementaritäten, die institutionelle Regelungen (beispielsweise für das Zusammenwirken von Staat und Markt) und Maßnahmen (beispielsweise wirtschaftliche und soziale) auf der Makroebene neu konfigurieren.^a Transformative institutionelle Innovationen tragen dazu bei, Ungleichheiten und strukturelle Benachteiligungen zu überwinden und schwächere Akteure zu stärken.

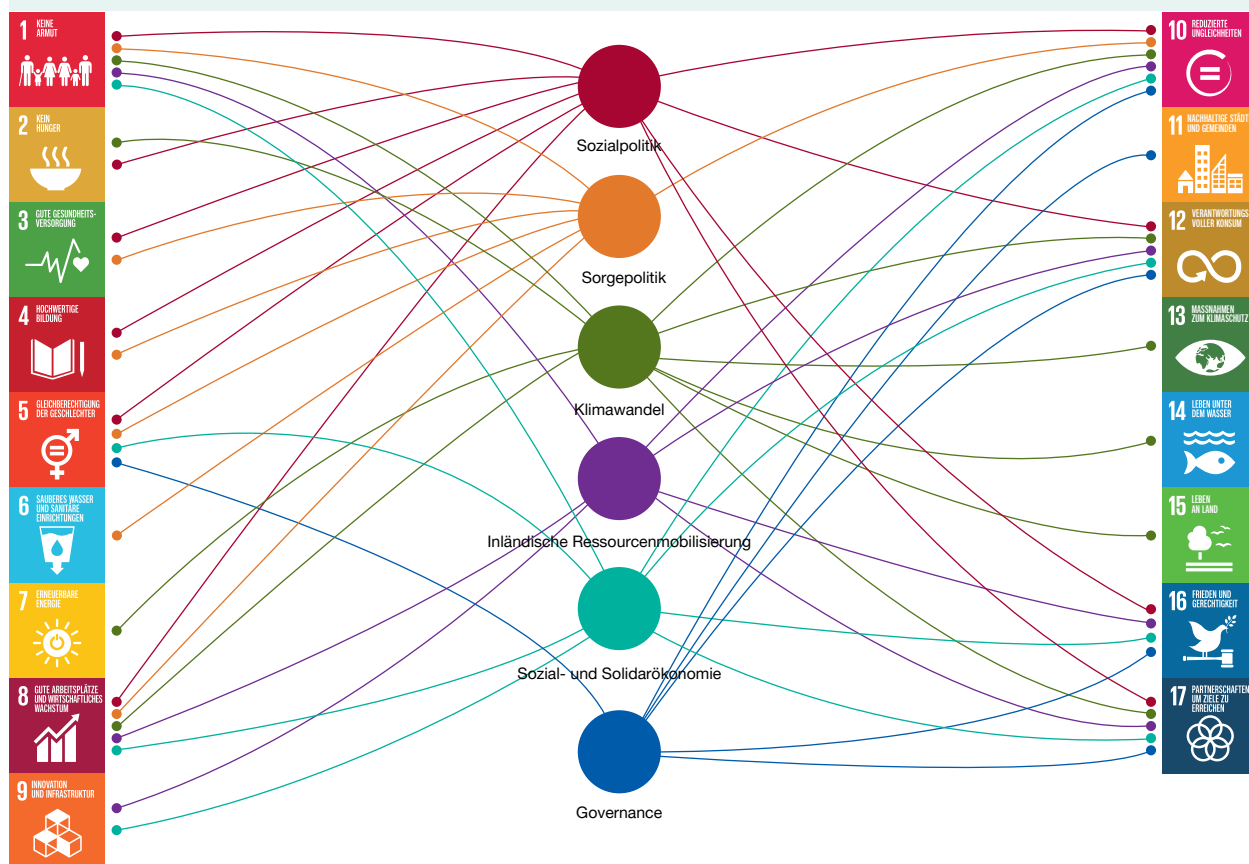
Soziale Innovation: Nichtstaatliche Akteure, insbesondere Nichtregierungsorganisationen (NRO), aber auch der private Sektor, werden zunehmend mit sozialer Innovation in Verbindung gebracht. Diese kann stattfinden, wenn Organisationen und Netzwerke neue Ideen, Strategien und Vorgehensweisen mit dem Ziel übernehmen, sozialen Bedarf besser zu decken und Beziehungen zu knüpfen, die soziale und wirtschaftliche Verbesserungen begünstigen. Soziale Innovation erfolgt häufig auf der lokalen Ebene, wo Gemeinschaftsorganisationen und soziale Unternehmen, oft gestützt durch Netzwerke der Zivilgesellschaft und Dezentralisierung, wirkungsvoller tätig werden, um Ressourcen zu mobilisieren und ihre Rechte zu verteidigen.^b Sie zeigt sich auch beim Engagement sozialer Bewegungen oder bei der „glokalen“ Vernetzung, die lokale Akteure über Entfernungen und über die Unterscheidung zwischen Nord und Süd hinweg mit Change Agents verbindet. Ein Beispiel sind Frauenbewegungen, die das Ziel verfolgen, in sozialen Normen und Praktiken verfestigte geschlechtsspezifische Stereotypen und Diskriminierung zu verändern.^c

Technologische Innovation: Aus dem Blickwinkel von Entwicklung und Selbstbestimmung können wichtige Synergien entstehen, wenn soziale und technologische Innovation zusammenkommen. Dies kann beispielsweise im Fall der Vernetzung (einschließlich transnationaler Mobilisierung von Migrant*innen) beobachtet werden, die durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt wird;^d wenn landwirtschaftliche Genossenschaften durch die Erweiterung ihrer geschäftlichen Aktivitäten um Verarbeitung und Qualitätskontrolle eine höhere Wertschöpfung anstreben;^e oder wenn die dezentralisierte Versorgung mit erneuerbarer Energie Frauen die Last unbezahlter Arbeit verringert.

Konzeptionelle Innovation: Veränderungen von Institutionen, Politiken und Verhaltensweisen von Organisationen beruhen vielfach auf konzeptioneller und diskursiver Innovation. Besonders wichtig waren in den letzten Jahren solche im Zusammenhang mit Governance und Organisationstheorie, konzeptionelle Ansätze zu alternativen Entwicklungspfaden wie *Buen Vivir* oder Sozial- und Solidarökonomie sowie neue sozialpolitische Konzepte wie das der Sorgepolitik (care policy).

Hinweise: ^a Jozan, Raphaël, Sanjivi Sundar und Tancrede Voituriez. 2013. „Reducing Inequalities: A Sustainable Development Challenge“. In *Reducing Inequalities: A Sustainable Development Challenge*, Hrsg.: Rémi Genevey, Rajendra K. Pachauri und Laurence Tubiana, 7–15. New Delhi: TERI. ^b Lavielle, Jean-Louis. 2015. „Social and Solidarity Economy in Historical Perspective“. In *Social and Solidarity Economy: Beyond the Fringe*, Hrsg.: Peter Utting, 41–56. London: Zed Books/UNRISD. ^c UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2013. *When and Why Do States Respond to Women's Claims? Understanding Gender-Egalitarian Policy Change in Asia*. Project Brief Nr. 5. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/pb5e. Eingesehen im Mai 2016. ^d O'Neill, Kelly. 2012. „Power Check: Protecting the Digital Commons“. UNRISD Think Piece, 26. Juni. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/news/oneill>. Eingesehen im Mai 2016. ^e Muradian, Roldan. 2015. „The Potential and Limits of Farmers' Marketing Groups as Catalysts for Rural Development“. In *Social and Solidarity Economy: Beyond the Fringe*, Hrsg.: Peter Utting, 116–129. London: Zed Books/UNRISD.

Grafik Ü.3. Zuordnung von Politikfeldern für transformativen Wandel: der UNRISD Flagship-Bericht und die SDGs



Hinweis: Diese Infografik zeigt die direktesten Verknüpfungen mit dem größten Transformationspotenzial zwischen den im Flagship-Bericht von UNRISD behandelten Themen einer- und den SDGs andererseits. Es gibt auch viele indirekte Verknüpfungen. Zur besseren Übersichtlichkeit wurden diese jedoch nicht in die Infografik aufgenommen.

Kasten Ü.2. Ziele für nachhaltige Entwicklung

- ZIEL 1.** Armut in allen ihren Formen und überall beenden
- ZIEL 2.** Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
- ZIEL 3.** Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
- ZIEL 4.** Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern
- ZIEL 5.** Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen
- ZIEL 6.** Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
- ZIEL 7.** Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern
- ZIEL 8.** Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
- ZIEL 9.** Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
- ZIEL 10.** Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
- ZIEL 11.** Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten
- ZIEL 12.** Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
- ZIEL 13.** Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
- ZIEL 14.** Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
- ZIEL 15.** Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen
- ZIEL 16.** Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
- ZIEL 17.** Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Neue Trends und Innovationen in der Sozialpolitik



Eine ältere Frau in China zählt ihr Geld

Seit den 1990er Jahren führte die „soziale Wende“ – eine Kombination von Schwerpunktverlagerungen bei Ideen und Politikmaßnahmen – dazu, dass sozialen Aspekten in der Entwicklungsagenda ein höherer Stellenwert beigemessen wurde. Dies resultierte in einer Reihe von Veränderungen und Reformen bei einem breiten Spektrum sozialpolitischer Institutionen und Instrumente. Zu den Innovationen, die transformativen Wandel begünstigen, zählen der zunehmende Trend zur Universalisierung (das Konzept, niemanden zurückzulassen); die bessere Integration von Politikinstrumenten (oder Politikkohärenz) über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen von Entwicklung hinweg; inklusivere Formen der Teilhabe an der Gestaltung und Umsetzung von Politik; neue Partnerschaftsformen; und neue Ausrichtungen der globalen und regionalen Sozialpolitik. Auch wenn die soziale Wende derzeit starkem Gegenwind ausgesetzt ist, muss sie aufrechterhalten, wieder gestärkt und letztlich zu einer ökosozialen Wende ausgeweitet werden.

Kapitel 2 behandelt die Umsetzung von SDGs.

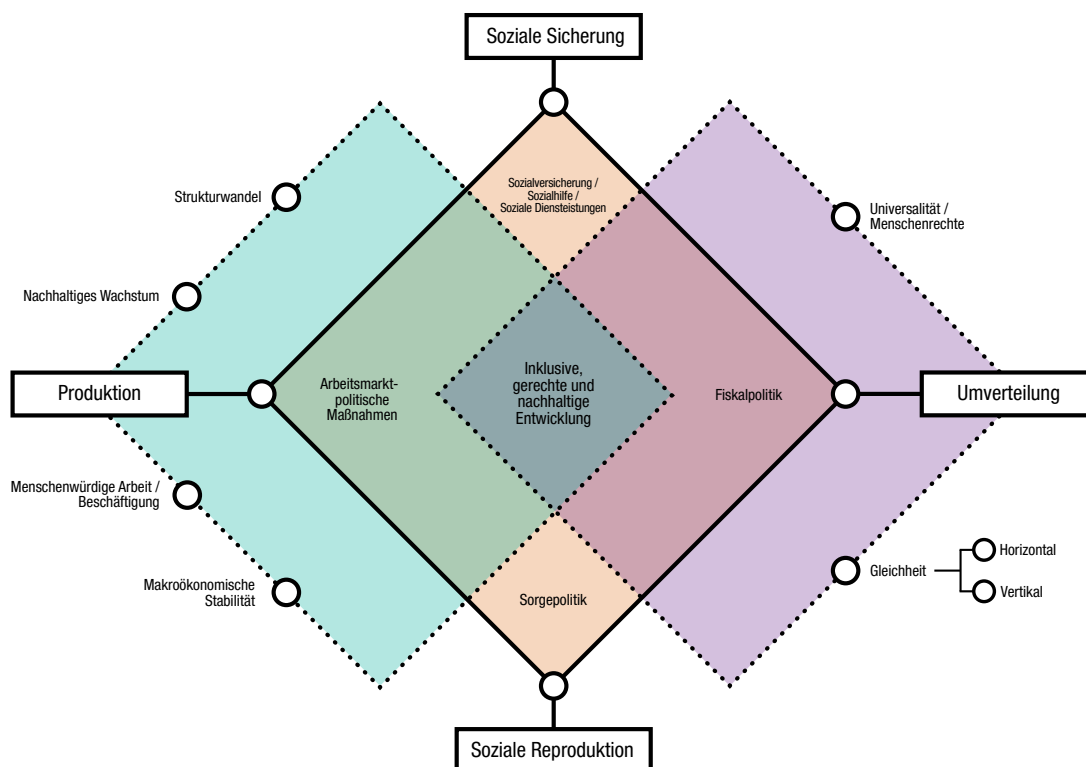


Die Sozialpolitik muss im Zentrum der Anstrengungen zur Umsetzung der SDGs in den nächsten 15 Jahren stehen. Es gibt kein einziges Ziel, bei dem der Sozialpolitik – hier definiert als kollektive Intervention und

insbesondere staatliche Intervention mit einem unmittelbaren Einfluss auf das soziale Wohl, soziale Institutionen und soziale Beziehungen – nicht eine wichtige Rolle zukommt. Der Querschnittscharakter der Sozialpolitik, die nicht nur zu Sicherung, sondern auch zu Produktion, Reproduktion und Umverteilung beiträgt, kommt bei den SDGs deutlicher zum Tragen als bei den MDGs und macht sie zu einem Schlüsselinstrument für transformativen Wandel, eine Rolle, die UNRISD mit seinem Konzept der transformativen Sozialpolitik hervorgehoben hat (Grafik Ü.4).⁵

Der Aufgabenbereich der Sozialpolitik hat sich in der jüngeren Vergangenheit verbreitert. Dies gilt insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre, als die soziale Wende in mehreren Ländern einschließlich Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen mit neuem Schwung verfolgt und die Reichweite von sozialen Leistungen und Programmen für soziale Sicherung auf zuvor ausgeschlossene Gruppen ausgeweitet wurde. Dabei handelte es sich in erster Linie um nicht beitragsgestützte Renten (Grafik Ü.5), Kindergeld oder Bargeldtransfers für arme Familien, öffentliche Beschäftigungsprogramme und Reformen im Bereich von Gesundheitsdienstleistungen. Die Ausweitung umfasste bisweilen die Einrichtung inklusiver sozialer und politischer Institutionen und sie wurde sogar nach der Krise von 2008 weitergeführt. Dies macht deutlich, dass eine Reihe von Entwicklungsländern bis zu einem gewissen Grad Sozialpolitik institutionalisiert hatte, was ihnen ermöglichte, diese in Krisenzeiten als antizyklische Instrumente zu nutzen und in Zeiten von Sparzwängen und Kürzungen der Zuwendungen vonseiten der Geber dem raschen Abbau von Sozialprogrammen zu widerstehen. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Agenda 2030 hatten sich die Aussichten auf eine weitere Intensivierung der sozialen Wende verschlechtert.⁶

Grafik Ü.4. Transformative Sozialpolitik



Kasten Ü.3. Ökosoziale Politik: Beispiele aus Brasilien und Indien

Ökosoziale Politik verfolgt einen integrierten Ansatz zur Verwirklichung sozialer und ökologischer Ziele.

Bolsa Verde, ein 2011 in Brasilien etabliertes Geldtransferprogramm, bietet Anreize für die nachhaltige Bewirtschaftung und Erhaltung von Ökosystemen, verbessert Lebensbedingungen und Einkommen; fördert Schulbildung sowie Sozial-, Umwelt- und Berufsausbildung; und ermuntert zu aktivem bürgerschaftlichem Engagement.^a Es hilft insbesondere Familien, die ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln von Waldprodukten oder Landwirtschaft in geschützten oder in anderer Form ausgewiesenen Gebieten bestreiten. Diese Familien verpflichten sich im Gegenzug zu einer nachhaltigeren Nutzung natürlicher Ressourcen, um der Entwaldung entgegenzuwirken. Etwa 213.000 Familien sind potenziell berechtigt, an dem Programm teilzunehmen. Im Dezember 2015 erhielten 74.522 Haushalte Transfers in Höhe von 300 Real pro Monat.^b

Ein großer Teil der Arbeiten, die im Rahmen des 2005 in Indien erlassenen Gesetzes zur Beschäftigungssicherung im ländlichen Raum (*Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act – MGNREGA*), das jedem ländlichen Haushalt mindestens 100 Tage bezahlter Arbeit pro Jahr garantiert, geleistet werden, entfällt auf Umweltschutz, Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (einschließlich der Schaffung dauerhafter Vermögenswerte), verbesserte Wasserqualität, Bodenschutz und höhere Ertragsfähigkeit. Seitdem das Programm begonnen wurde, hat es 20 bis 55 Millionen Haushalten oder etwa 30 Prozent aller Haushalte in ländlichen Gebieten Arbeit gegeben.^c

Das ökosoziale Potenzial solcher Programme auszuschöpfen, ist jedoch keine leichte Aufgabe. Die beiden Programme sind mit großen Herausforderungen konfrontiert, beispielsweise Schwierigkeiten der Leistungsüberwachung und Konflikten zwischen den Rechten indigener Völker auf den Zugang zu Ressourcen sowie der Ausweisung ökologisch sensibler Gebiete im Fall von *Bolsa Verde* und Bereicherungsversuchen von Staatsbediensteten durch informelle Bevorzugungssysteme und Vernachlässigung der Qualifizierung von Beschäftigten beim MGNREGA-Programm.^d

Hinweise: ^a Cook, Sarah, Kiah Smith und Peter Utting. 2012. Green Economy or Green Society? Contestation and Policies for a Fair Transition. Social Dimensions of Green Economy and Sustainable Development, Occasional Paper Nr. 10. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/op-cook-et-al>. Eingesehen im Mai 2016. ^b OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2015. OECD Environmental Performance Reviews: Brazil 2015. Paris: OECD Publishing. doi: 10.1787/9789264240094-en. Ministério do Meio Ambiente. 2016. "Bolsa Verde". <http://www.mma.gov.br/mma-em-numeros/bolsa-verde>. Eingesehen am 10. Juni 2016. ^c Ehmke, Ellen und Khayaat Fakier. Im Erscheinen. Civil Society Engagement in Public Employment Schemes: Insights from India and South Africa. UNRISD Research Note. Genf: UNRISD. ^d Access Development Services. 2014. State of India's Livelihood Report 2013. Neu-Delhi: Sage India/Access Development Services.

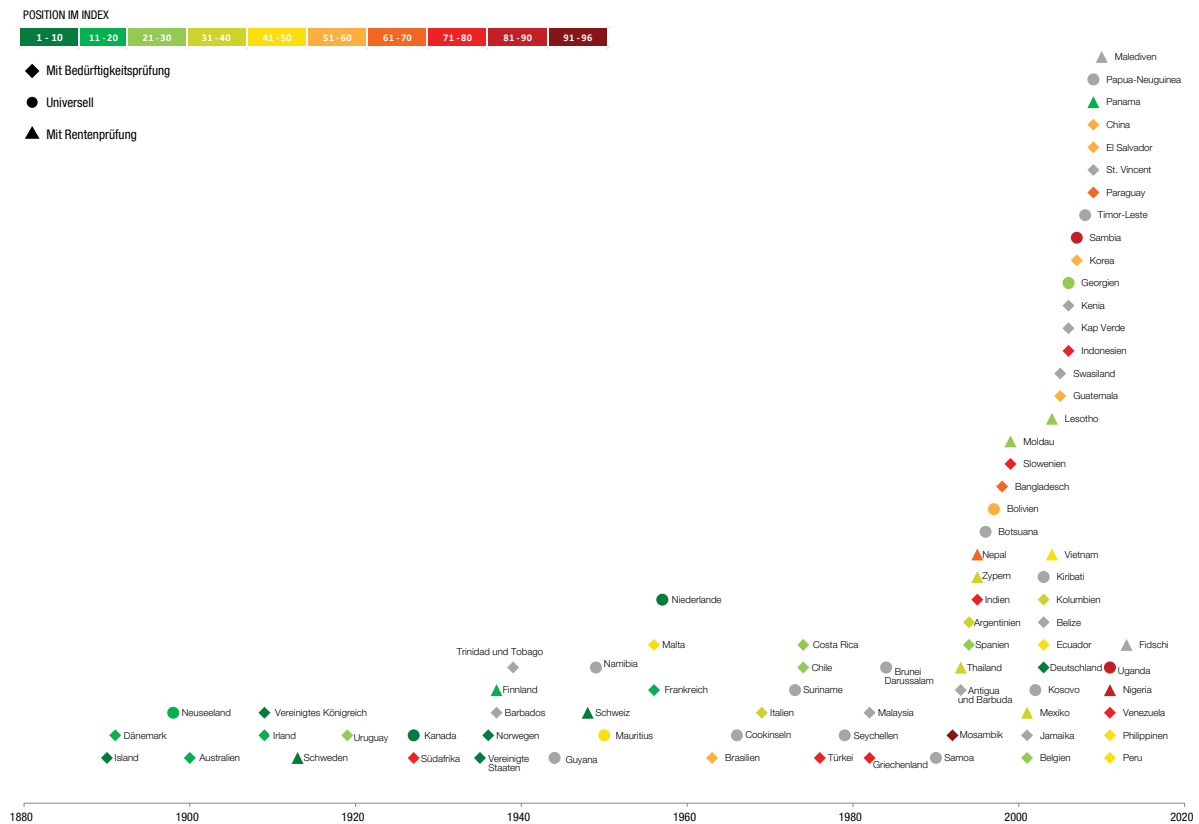
Dies war auf die anhaltende Sparpolitik und Haushaltskonsolidierung sowie Rückschläge in der Umsetzung fortschrittlicher Politikagenden nach Regierungswechseln in mehreren der Länder, die bei der sozialen Wende führend gewesen waren, zurückzuführen.

De facto garantiert die soziale Wende allein genommen keinen transformativen Wandel zu inklusiver, gerechter und nachhaltiger Entwicklung. Ihr Transformationspotenzial hängt stattdessen von der konkreten Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen und der Art und Weise ab, in der diese die strukturelle, institutionelle und politische Dynamik nutzen. Sozialpolitische Maßnahmen, die zu transformativem Wandel beitragen, sind solche, die Rechte erweitern, Gleichheit fördern und Machtasymmetrien verringern sowie nachhaltige und chancengerechte Strukturveränderungen der Wirtschaft unterstützen. Innovative ökosoziale Politik veranschaulicht diese Art von Ansatz (Kasten Ü.3).

Analysen jüngerer sozialpolitischer Innovationen und Trends aus der ganzen Welt lassen transformative Ergebnisse in Ländern erkennen, in denen:

- innovative Politiken, beispielsweise ökosoziale, umgesetzt wurden, die ökologische Anliegen in die Wirtschafts- und Sozialpolitik integrieren;
- die Art der Ausweitung der sozialen Sicherung auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft und zuvor ausgeschlossenen Gruppen durch die Sozialpolitik, rechtliche Rahmenbedingungen und die Formalisierung des Arbeitsmarktes unterstützt wird und sowohl beitragsgestützte als auch nicht beitragsgestützte Programme für soziale Sicherung nachhaltig finanziert werden;
- Reformen die Möglichkeiten erweitern, Rechte einzufordern und Ansprüche durchzusetzen, statt Almosen zu erhalten;
- Partnerschaften so gestaltet werden, dass Gemeinschaften eingebunden und schwächere Akteure in der Partnerschaft gestärkt werden; und
- nationale politische Systeme von diskursiver, rechtlicher oder finanzieller Unterstützung vonseiten regionaler und globaler Organisationen oder Akteure profitieren können.

Grafik Ü.5. Einrichtung von Sozialrenten- und -unterstützungssystemen für Senioren (bis 2015)



Hinweis: Die Farben beziehen sich auf einen von Global AgeWatch entwickelten Index, der unterschiedliche Maße von sozialem und wirtschaftlichem Wohlergehen älterer Menschen einschließlich Rentenbezug umfasst. Bei Ländern mit einem grauen Symbol waren die Daten unzureichend für die Aufnahme in den Index. Quellen: Nach Mark Dorfman. 2015. Pension Patterns in Sub-Saharan Africa. Social Protection and Labour Discussion Paper No. 1503. Washington DC: Weltbank. <http://hdl.handle.net/10986/22339>. Eingesehen am 17. Mai 2016. Auf der Grundlage von HelpAGE International, Social Pensions Database 2015 und Global AgeWatch 2015.

Sorgepolitik: ihr Transformations- potenzial ausschöpfen



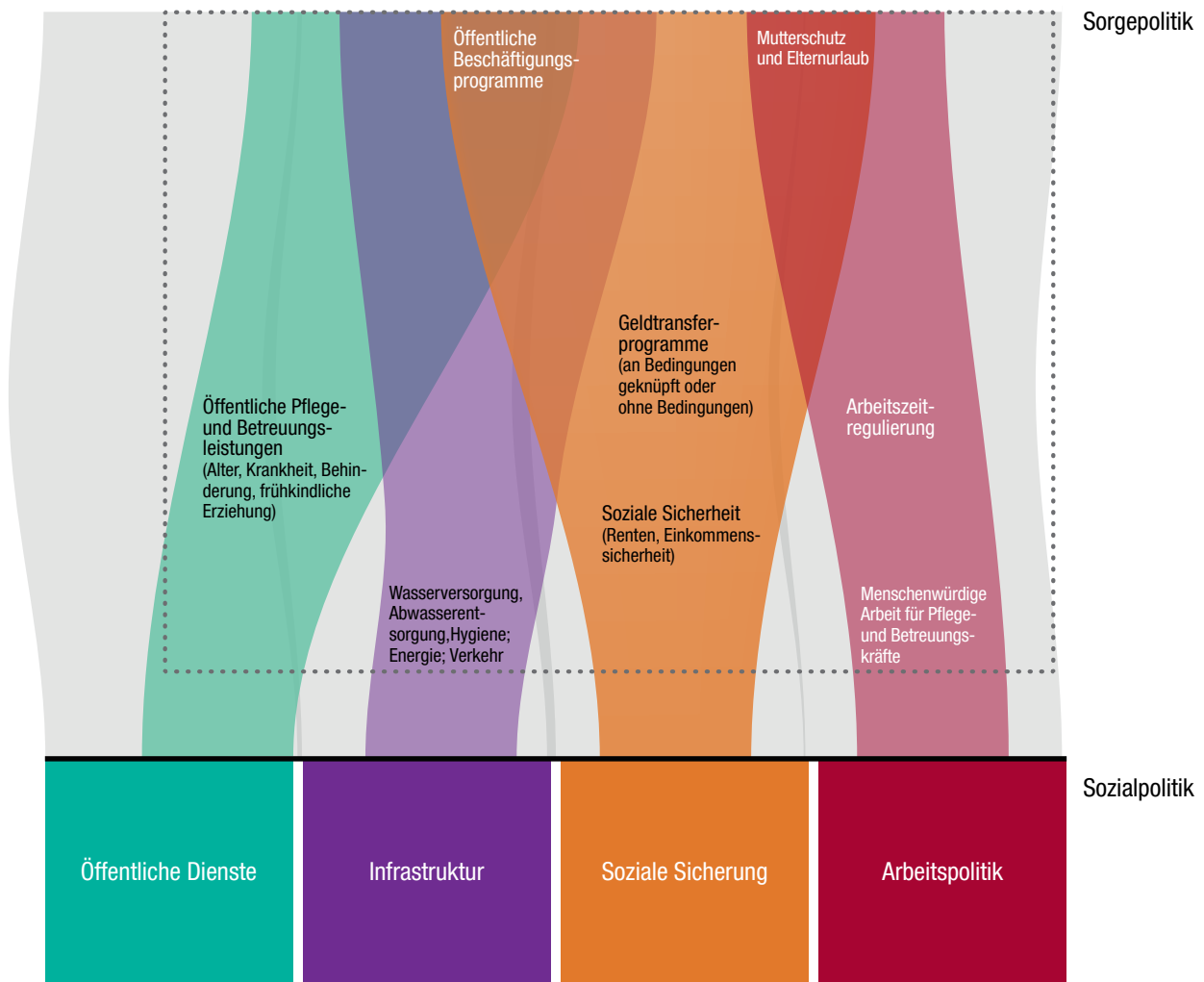
Öffentliche Pflege- und Betreuungsleistungen, Basisinfrastruktur sowie Maßnahmen für Arbeitnehmerschutz und soziale Sicherung unter dem Dachbegriff Sorgepolitik (care policy) zusammenzufassen, ist ein Paradigmenwechsel. Er fördert die Geschlechtergleichstellung, trägt den Forderungen nach Komplementarität und Koordination Rechnung, verbessert die Situation der Leistungserbringer und hat positive makroökonomische Auswirkungen. Transformative Sorgepolitik entsteht, wenn ein auf den Menschenrechten basierender Ansatz zu Pflege- und Betreuungspolitik verfolgt wird, breite politische Allianzen geschmiedet werden und Forschungsergebnisse in innovativer Weise als Grundlage für die Ausarbeitung und das Monitoring von Politiken genutzt werden.

Kapitel 3 behandelt die Implementierung von SDGs.



Der Prozess, der zur Annahme der Agenda 2030 führte, ist ein Beispiel dafür, wie Forschung, Überzeugungsarbeit und inklusivere Verhandlungen in konzeptionellen Innovationen und Veränderungen des Diskurses resultieren können, die wichtige erste Schritte bei der Gestaltung von Politik und Institutionen sind, die transformativen Wandel fördern. Eines der neuen Themen, das als Ergebnis von sowohl aussagekräftigen Forschungsergebnissen als auch Überzeugungsarbeit von Frauengruppen bei den SDGs berücksichtigt wurde,⁷ sind unbezahlte Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie Hausarbeit, worunter allgemein häusliche Tätigkeiten sowie die Betreuung beziehungsweise Pflege von Kindern, Senioren, Behinderten oder Kranken außerhalb von Marktsituationen verstanden werden. Wenngleich unbezahlte Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie Hausarbeit für die soziale Reproduktion, die wirtschaftliche Entwicklung und das Wohlergehen aller Mitglieder der Gesellschaft von größter Bedeutung – und deshalb ein wichtiges Merkmal nachhaltiger Entwicklung – sind, blieben sie bis vor relativ kurzer Zeit weitgehend außerhalb des Blickfelds der Politik. Die hauptsächlich von Frauen und Mädchen getragene Last von unbezahlten Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie Hausarbeit wird durch fehlende Infrastruktur, den Klimawandel und den Raubbau an natürlichen Ressourcen verschärft. Forschung von UNRISD zur Sorgeökonomie und -politik half, die Erkenntnisgrundlage zu schaffen, die zuerst zur besseren

Grafik Ü.6. **Sorgepolitik überbrückt sektorale Trennungen**



Wahrnehmung des Themas und später zur Annahme der pflege- und betreuungsbezogenen Zielvorgaben und Ziele im Kontext der SDGs beitrug.⁸

Unbezahlte Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie unbezahlte häusliche Tätigkeiten werden zwar nicht in Geldwerten gemessen und entlohnt, sind jedoch nicht frei von Kosten und haben Konsequenzen für die Leistungserbringer. Dies gilt vor allem, wenn sie zu Armut und Ungleichheit und insbesondere geschlechtsspezifische Ungleichheit beitragen. Die Aufnahme einer expliziten Zielvorgabe zum Thema Pflege und Betreuung (5.4), in der eine Reihe von Aspekten (Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Infrastruktur und Maßnahmen der sozialen Sicherung; siehe Grafik Ü.6) genannt werden, ist per se ein wichtiger Meilenstein. Dies trägt dazu bei, dass Pflege- und Betreuungspolitik in den Agenden von Regierungen einen höheren Stellenwert erhält, und eröffnet Frauenbewegungen eine Chance, ihre Umsetzung zu unterstützen, mitzugestalten und von Regierungen dazu Rechenschaft einzufordern.

Transformative Pflege- und Betreuungspolitik ist eine Politik, die gleichzeitig die Menschenrechte, die Selbstbestimmung und das Wohlergehen von Leistungserbringern und Leistungsempfängern garantieren. Politiken müssen unter Bezugnahme auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf Leistungserbringer und Leistungsempfänger beurteilt werden; dabei müssen potenzielle Zielkonflikte vermieden und widersprüchliche Interessen überbrückt werden. Diese Sichtweise korrigiert frühere Ansätze, bei denen der Schwerpunkt tendenziell primär auf dem Wohlergehen der Leistungsempfänger lag, wozu auch beitrug, dass die Nachteile, mit denen die Leistungserbringer konfrontiert waren, häufig durch traditionelle Geschlechternormen gerechtfertigt wurden. Transformative Pflege- und Betreuungspolitik kann jedoch nicht umgesetzt werden, ohne die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen mehrfacher Ungleichheiten einschließlich der geschlechtsspezifischen anzugehen.

Kasten Ü.4. Das Nationale Sorgesystem in Uruguay

Das uruguayische Nationale Sorgesystem (*Sistema Nacional Integrado de Cuidado – SNIC*) wurde im November 2015 eingerichtet. Es umfasst sowohl laufende Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit als auch neue Maßnahmen zugunsten priorisierter Bevölkerungsgruppen, insbesondere Erwachsenen mit speziellem Pflege-/Betreuungsbedarf, Personen mit Behinderungen und Kleinkindern. Das SNIC basiert auf Menschenrechten, ist solidarisch, was die Finanzierung betrifft, und universell sowohl in Bezug auf die Reichweite als auch die Mindestqualitätsstandards. Andere Prinzipien betreffen die Unabhängigkeit von Leistungsempfängern und die geteilte Verantwortung von Staat, Gemeinschaft, Markt und Familie sowie zwischen Frauen und Männern für Pflege und Betreuung. Zu den erklärten Zielsetzungen des SNIC zählt, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Haushalten zu verändern und bezahlte Pflege- und Betreuungskräfte zu unterstützen.

Das SNIC war das Ergebnis politischer Mobilisierung und breiter Allianzen, die zwischen Frauen- und Sozialbewegungen, Parlamentarierinnen und Wissenschaftlerinnen geschmiedet worden waren.^a Zusammen erbrachten sie wissenschaftliche Nachweise, unter anderem durch Zeitbudgeterhebungen, und platzierten das Thema Pflege und Betreuung in der öffentlichen Diskussion. Als ausschlaggebend erwies sich die Zusammenarbeit mit der Regierungspartei Frente Amplio und die Aufnahme des SNIC in deren Wahlprogramm für den Zeitraum von 2010 bis 2015.^b Pflege und Betreuung avancierten dadurch von einer technischen Frage zu einer Frage des öffentlichen Interesses. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ermöglichte wiederum die institutionelle Entwicklung des SNIC und stellte staatlichen Akteuren eine Plattform bereit, die die Übernahme von Verantwortung förderte. Den Konsens über das System herbeizuführen, dauerte sieben Jahre und drei aufeinanderfolgende Amtszeiten des Präsidenten. Letztlich wurden Verzögerungen bei der Verabschiedung des SNIC auf Haushaltsprobleme zurückgeführt. Nachdem diese gelöst und Mittel zur Erfüllung der Zielvorgaben in Bezug auf Reichweite und Qualität zugewiesen worden waren, wurde das Gesetz über das SNIC ohne Gegenstimmen angenommen.

Hinweise: ^a Aguirre, Rosario und Fernanda Ferrari. 2014. La Construcción del Sistema de Cuidados en el Uruguay: En Busca de Consensos para una Protección Social más Igualitaria. Santiago de Chile: UN ECLAC. <http://www.cepal.org/es/publicaciones/36721-la-construccion-del-sistema-de-cuidados-en-el-uruguay-en-busca-de-consensos-para>. Eingesehen am 24. Februar 2016. ^b Fassler, Clara (Hrsg.). 2009. Hacia un Sistema Nacional Integrado de Cuidados. Serie Políticas Públicas. Montevideo: Ediciones Trilce.

Die Erfahrungen unterschiedlicher Länder zeigen, dass Sozialpolitik in Bezug auf Geschlechtergleichstellung, Politikkomplementarität und sektorale Koordinierung gestärkt wird, wenn sie eine Care-Perspektive anwendet. Dies verbessert auch die Situation der Leistungserbringer und trägt positiv zur Makroökonomie bei. Wenngleich die Care-Perspektive in vielen Fällen sehr effektiv ist, ist sie jedoch nicht automatisch mit transformativem Wandel verbunden. Zu den Elementen, die ausschlaggebend dafür sind, Pflege- und Betreuungspolitik transformativ zu machen, zählen politische Rahmenbedingungen, breite politische Allianzen und die innovative Nutzung von Forschungsergebnissen. Diese werden durch kontextuelle Faktoren wie die Arbeitsmarktdynamik und die steigende Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften sowie die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für Pflege- und Betreuungspolitik weiter unterstützt. Transformative Sorgepolitik entsteht eher, wenn:

- Kanäle für sozialen Dialog mit Frauen- und sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen von Personen mit speziellem Betreuungs-/Pflegebedarf etabliert werden, um Prioritäten festzulegen und Grundlagen für die Politikgestaltung zu erhalten;
- Trenngräben zwischen Sektoren wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und sozialer Sicherung durch institutionelle Koordinierung wirksam überbrückt werden;
- bei der Gestaltung und Umsetzung von Sorgepolitik Gleichstellungsaspekte nachdrücklich berücksichtigt werden und bezahlten Leistungserbringern menschenwürdige Arbeitsbedingungen geboten werden; und
- Sorgepolitik in einen auf Menschenrechten basierenden Ansatz zur universellen sozialen Sicherung eingebettet wird.

Mit 21.500 Mitgliedern produziert die Cooperativa Café Timor zertifizierten Biokaffee und ist während der Erntezeit der größte Arbeitgeber in Timor Leste.

Sozial- und Solidarökonomie durch die öffentliche Hand unterstützen

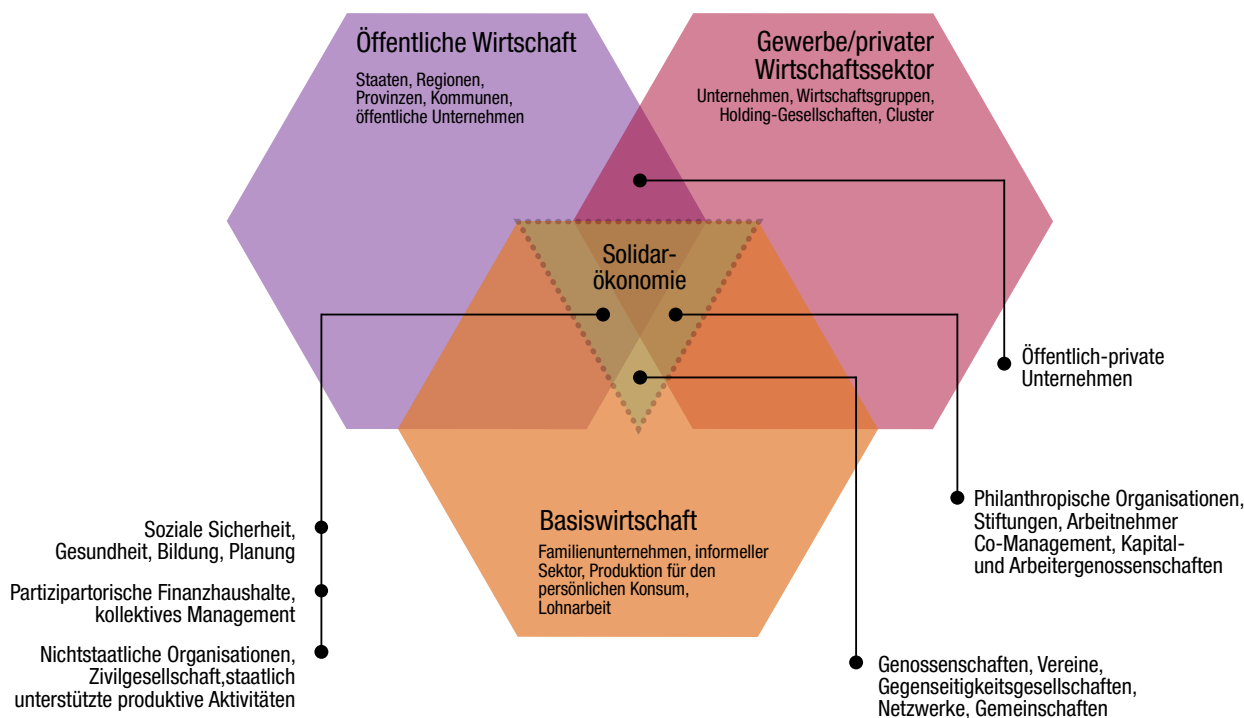
Der Sozial- und Solidarökonomie (SSÖ) kommt potenziell eine wichtige Rolle bei der Neuausrichtung von Volkswirtschaften und Gesellschaften auf mehr soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu. Ihre Prinzipien und Praktiken zielen auf die Wiedereinführung von Werten im Zusammenhang mit Chancengleichheit und Gerechtigkeit, die Humanisierung der Wirtschaft und innovative Lösungen auf der Grundlage der Selbstbestimmung von Menschen. Insofern ist es wichtig, sie in Diskussionen über die Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030 und die Verwirklichung der SDGs zu berücksichtigen. Die SSÖ auszuweiten und ihr transformatives Potenzial auszuschöpfen, erfordert eine Reihe unterstützender politischer Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen, wirksame Partizipation, innovative Finanzierungsformen sowie Lernen aus Umsetzungserfahrungen und ihre Anpassung auf der Basis von Forschung, Monitoring und Evaluierung.

Kapitel 4 behandelt die Umsetzung von SDGs.



Der Begriff SSÖ deckt ein breites Spektrum von Organisationen und Unternehmen ab, die soziale und häufig ökologische Aspekte gegenüber privatwirtschaftlichen Interessen und Gewinnorientierung in den Vordergrund stellen; Management- oder Governanceformen wählen, die in höherem Maß horizontal und demokratisch sind und häufig mit Formen kollektiven Handelns und bürgerschaftlichem Engagement verbunden sind (Grafik Ü.7). Immer mehr Regierungen erkennen an, dass die

Grafik Ü.7. Verortung von SSÖ in der Ökonomie



Hinweis: Der in dieser Grafik verwendete Begriff Solidarökonomie wird in Lateinamerika häufig benutzt und ist gleichbedeutend mit Sozial- und Solidarökonomie. Quelle: Coraggio, José Luis. 2015. „Institutionalizing the Social and Solidarity Economy in Latin America“. In Social and Solidarity Economy: Beyond the Fringe, Hrsg.: Peter Utting, 130–149. London: Zed Books/UNRISD.

SSÖ eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Armutsbekämpfung spielen kann, und unterstützen folglich diese vielfältigen Akteure und Organisationen durch staatliche Maßnahmen.⁹ Die SSÖ kann de facto ein Instrument für die Umsetzung der SDGs sein; sie entspricht ihrem integrierten Charakter und ihrem transformativen Anspruch.

Um die Merkmale, die Größe, die Funktionsweisen und den Bedarf der SSÖ besser zu verstehen, bedarf es weiterer Forschung. Vorliegende Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass die SSÖ begünstigt werden kann, indem Gesetze verabschiedet, Entwicklungsprogramme gefördert und Institutionen geschaffen werden, die Organisationen und Unternehmen der SSÖ mit der Zeit widerstandsfähiger und stabiler machen. Regierungen müssen auch Aspekte von Politikinkohärenz erkennen und ihnen entgegenwirken, wo beispielsweise die Handels- und Finanzpolitik die SSÖ eher behindern als sie zu fördern. Die wirksame Teilnahme von Akteuren der SSÖ an der Gestaltung von Politiken und Institutionen, die sie betreffen, kann Tendenzen im Zusammenhang mit Bürokratisierung, unzureichender Transparenz und Rechenschaftslegung, Vereinnahmung durch staatliche Akteure und der Abweichung von Kernprinzipien der SSÖ entgegenwirken. Unterschiedliche SSÖ-Organisationen

können maßgeschneiderte Politikansätze erfordern, die ihren speziellen Bedürfnissen gerecht werden.

Die SSÖ kann zur Veränderung der Produktions- und Konsummuster beitragen, die für das derzeitige nicht nachhaltige Entwicklungsmodell kennzeichnend sind. SSÖ-Organisationen sind häufig Beispiele dafür, wie sozialer Kontrolle, demokratischer Praxis und dem Stellenwert von Ethik in der Wirtschaft wieder Geltung verschafft werden kann; sie zeigen, warum es für die Stärkung sowohl der wirtschaftlichen Unabhängigkeit als auch des politischen Einflusses der Menschen notwendig ist, die Bedeutung kollektiven Handelns anzuerkennen; sie erweitern den Begriff der Partizipation nicht nur um die Konsultation von Interessengruppen, sondern auch um kritische Auseinandersetzungen, Überzeugungsarbeit, Verhandlungen (bargaining) und diverse Formen aktiver Staatsbürgerschaft; sie verbreitern das Konzept öffentlich-privater Partnerschaften im Entwicklungskontext, indem sie die SSÖ und damit verwandte Gemeinschaftsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft einbeziehen; und sie können potenziell die Ungleichheitsstrukturen beseitigen, die sozialem Ausschluss, Vulnerabilität und nicht nachhaltiger Entwicklung zugrunde liegen.¹⁰

Kasten Ü.5. Staatliche Unterstützung für SSÖ: Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung von Frauen in Nicaragua

Die Regierung von Nicaragua unterstützt aktiv die SSÖ und hat zwei Programmen Vorrang eingeräumt, die etwa 300.000 Frauen zugutekommen, was etwa 20 Prozent der wirtschaftlich aktiven weiblichen Bevölkerung entspricht. Um die Programmdurchführung zu erleichtern, werden Frauen in kleinen Gruppen organisiert.

Das Programm für produktive Nahrungsmittelerzeugung, das allgemein unter der Bezeichnung „Null Hunger“ (*Hambre Cero*) bekannt ist, stellt Frauen in ländlichen oder stadtnahen Gebieten ein Paket zur Verfügung, dessen Hauptbestandteile Vieh (eine Kombination von Hühnern, einer trächtigen Sau und einer Kuh) und Baumaterialien sind. Es soll dazu dienen, sowohl die Ernährungssituation des Haushalts als auch das monetäre Einkommen zu verbessern. Diese Initiative begann mit einem Projekt einer nichtstaatlichen Organisation zu Beginn der 2000er Jahre, das etwa 3.000 Frauen zugutekam, und wurde 2015 zu einem nationalen Programm für fast 150.000 Frauen ausgeweitet. Die Teilnehmerinnen werden in vorgeordnetlichen Gruppen von ungefähr 50 Frauen zu Schulungszwecken organisiert.

In städtischen Gebieten können Frauen, die selbstständig erwerbstätig sind oder Kleinstunternehmen betreiben, über das Programm „Null Wucher“ (*Usura Cero*) Zugang zu Kleinstkrediten, die wesentlich günstiger sind als diejenigen herkömmlicher Mikrofinanzinstitutionen. Das Programm soll die Hindernisse beim Zugang zu formellen Krediten verringern. Kreditnehmerinnen werden Mitglieder einer „Solidaritätsgruppe“ auf Wohngebietsebene, die die Durchführung auf der lokalen Ebene überwacht. Sie ermittelt potenzielle Mitglieder, fungiert als Bürge für die Kredite anderer Gruppenmitglieder, erörtert Familien- und Gemeinschaftsprobleme und schlägt Programmverbesserungen vor. Innerhalb von sechs Jahren (2007 – 2013) wurde das Programm auf 159.286 Frauen ausgeweitet, die in 68.272 Solidaritätsgruppen organisiert sind. Die durchschnittliche jährliche Kreditvergabe belief sich auf ungefähr 15 Millionen US-Dollar.

Unabhängige Evaluierungen ergaben, dass diese Programme eine recht gute Bilanz erzielen, was die Verwirklichung der Hauptziele hinsichtlich Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation und Ernährung der Familien sowie des Selbstwertgefühls der Frauen und ihrer Kontrolle über die Haushaltsressourcen betrifft. Bedenken bestehen weiterhin bezüglich der schwachen staatlichen Unterstützung durch Ausbildung und Fachunterstützung; Klientelismus bei der Zuteilung von Ressourcen; schlechtes Funktionieren von vorgeordnetlichen oder Solidaritätsgruppen; und unzureichende Berücksichtigung anderer Dimensionen von Geschlechtergleichheit.^a

Hinweise: ^a Grupo Cívico Ética y Transparencia. 2014. Informe Final „Medición de Eficiencia y Transparencia en Programas Estatales“. Managua: Grupo Ética y Transparencia / Transparency International. Grupo Venancia. 2015. „Hambre Cero: Cómo les Va a las Mujeres?“ Envío, Nr. 396, März. Kastenquelle: Amalia Chamorro und Peter Utting. 2016. Políticas Públicas y la Economía Social y Solidaria: Hacia un Entorno Favorable. El Caso de Nicaragua. Genf/Turin: ILO-ITC.

Um das Transformationspotenzial dieser Organisationen weiterzuentwickeln, insbesondere als ein Mittel zur Umsetzung der SDGs, muss Folgendes beachtet werden:

- Um sicherzustellen, dass staatliche Unterstützung dazu beiträgt, die SSÖ zu stärken, ohne ihr Transformationspotenzial zu schmälern, sind Monitoring und Evaluierung unentbehrlich.
- Damit gewährleistet ist, dass die Gestaltung und Umsetzung von Politiken transformative Ergebnisse der SSÖ fördert, müssen Foren geschaffen und gestärkt werden, die Partizipation erleichtern und institutionalisieren.
- Innovative Finanzierungsquellen können eine wichtige Rolle bei der Stärkung der SSÖ spielen: Dies zeigen die regionalen Fonds von ALBA,¹¹ nationale

Entwicklungsbanken, Solidarfinanzierungssysteme und die Zweckbindung eines bestimmten Prozentsatzes des Steueraufkommens oder anderer Einnahmen für die Entwicklung der SSÖ.¹²

- Die Schaffung förderlicher politischer Rahmenbedingungen für SSÖ erfordert Interventionen auf der internationalen, nationalen, subnationalen und lokalen Ebene.
- Die Bemühungen um Politikkohärenz sollten nicht auf Aspekte besserer Koordinierung beschränkt werden und auch die möglichen hemmenden Wirkungen der makroökonomischen, Investitions-, Handels- und Fiskalpolitik auf die SSÖ berücksichtigen.

Nachhaltige Entwicklung in Zeiten des Klimawandels



Eine Schülerin in Haiti beteiligt sich an einer großen Baumpflanzaktion zur Wiederaufforstung von Gebieten, die zur Herstellung von Holzkohle und zur Gewinnung landwirtschaftlicher Nutzflächen abgeholzt worden waren.

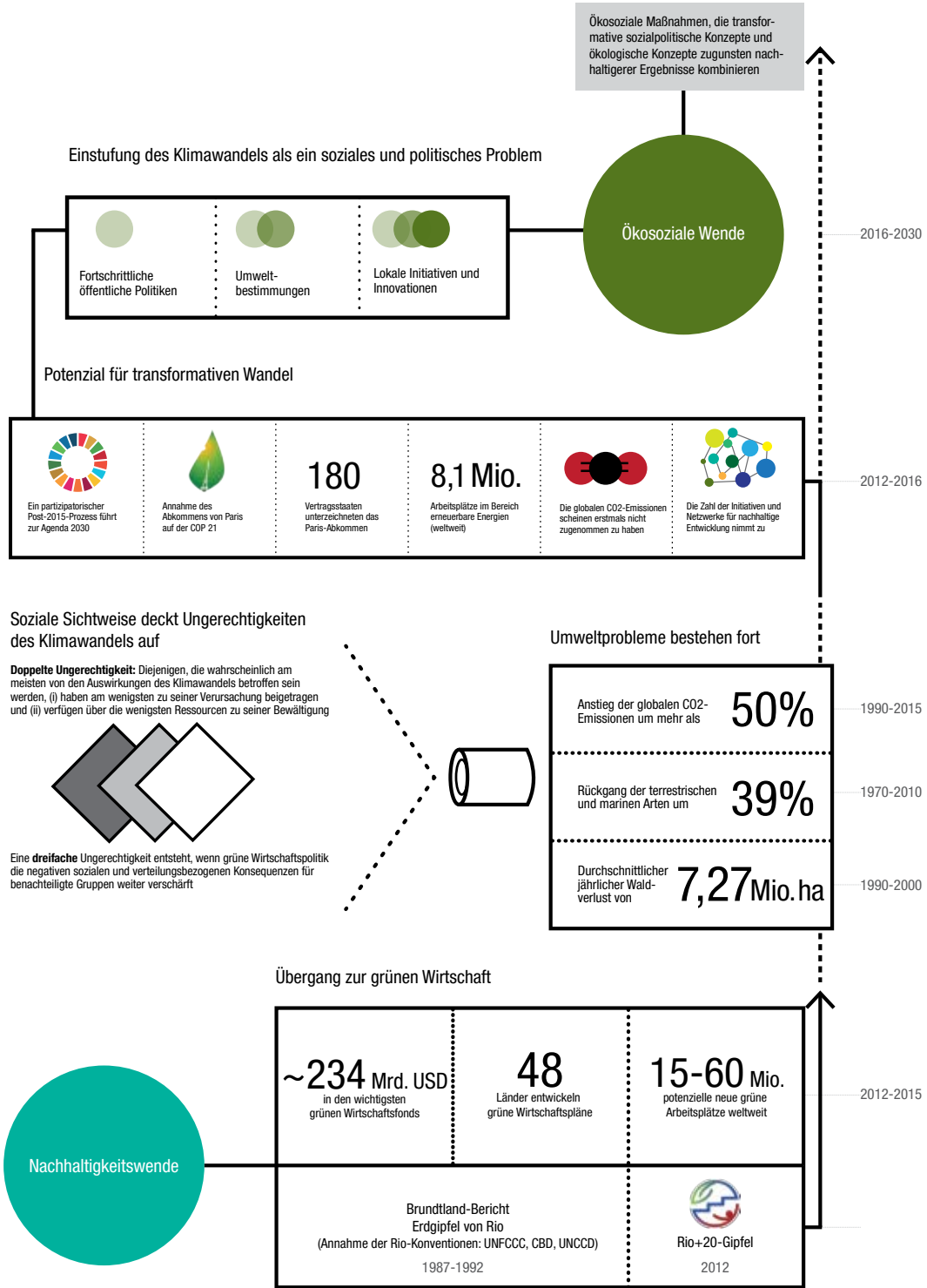
Zur Transformation unserer Welt in eine nachhaltige müssen Umweltzerstörung und Klimawandel als soziale und politische Probleme begriffen werden. Eine ökosoziale Sichtweise bei der Gestaltung und Umsetzung von Politik kann nicht nur grüne, sondern auch faire, integrierte Ansätze fördern, die zur Verwirklichung der SDGs notwendig sein werden. Dies würde dazu beitragen, das Risiko der Entstehung von Ungerechtigkeiten in Verbindung mit grüner Wirtschaftspolitik zu minimieren und Verteilungseffekte von Umwelt- und Klimaschutzpolitik zugunsten vulnerabler Gruppen zu verändern. Ein ökosozialer Politikmix kombiniert partizipatorische Governance- und Entscheidungsprozesse, fortschrittliche Sozialpolitik und ökologische Regulierungen mit lokalen Initiativen und Innovationen, um gerechte und nachhaltige Ergebnisse zu erzielen.

Kapitel 5 behandelt die Umsetzung von SDGs.



Die Weltwirtschaft basiert auf Wirtschaftswachstum auf der Grundlage fossiler Brennstoffe und ist in ihrer derzeitigen Form mit ökologischer Nachhaltigkeit unvereinbar. Die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltzerstörung, verursacht durch nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wird eine Vielzahl von Innovationen auf der konzeptionellen, politischen, institutionellen, sozialen und technologischen Ebene erfordern. Das Modell nachhaltiger Entwicklung, das wirtschaftliche,

Grafik Ü.8. Von nachhaltiger Entwicklung zu einer transformativen ökosozialen Wende



Hinweise: Datenquellen: FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen). 2015. Global Forest Resources Assessment 2015. How are the World's Forests Changing? Rom: FAO. www.uncclearn.org/sites/default/files/inventory/a-i4793e.pdf. Eingesehen am 29. Januar 2016. IAO (Internationale Arbeitsorganisation). 2012. Working towards Sustainable Development: Opportunities for Decent Work and Social Inclusion in a Green Economy. Genf: IAO. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---exrel/documents/publication/wcms_360738.pdf. Eingesehen am 29. Januar 2016. IRENA (Internationale Organisation für erneuerbare Energien). 2016. Renewable Energy and Jobs. Annual Review 2016. Masdar City: IRENA. http://www.irena.org/DocumentDownloads/Publications/IRENA_RE_Jobs_Annual_Review_2016.pdf. Eingesehen am 6. Juni 2016. UN (Vereinte Nationen). 2015. Millenniums-Entwicklungsziele – Bericht 2015. New York: Vereinte Nationen. <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202015%20German.pdf>. Eingesehen am 3. November 2016. UN-DESA (Vereinte Nationen, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten) 2013. A Guidebook to the Green Economy. Issue 4: A Guide to International Green Economy Initiatives. <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/916guidebook4.pdf>. Eingesehen am 29. Januar 2016. UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen). 2015. Uncovering Pathways towards an Inclusive Green Economy. A Summary for Leaders. Nairobi. http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/GEI%20Highlights/IGE_NARRATIVE_SUMMARY.pdf. Eingesehen am 29. Januar 2016. WWF (World Wide Fund for Nature). 2014. Living Planet Report 2014. Species and Spaces, People and Places. Gland: Schweiz. https://www.wwf.or.jp/activities/lib/lpr/WWF_LPR_2014.pdf. Eingesehen am 29. Januar 2016.

ökologische und soziale Zielsetzungen integriert, muss das derzeitige wachstumsdominierte Modell, in dem die sozialen und die ökologischen Dimensionen bloße Zusätze sind, vollständig ersetzen.

Parallel zur sozialen Wende zeichneten sich die 1980er Jahre durch eine verstärkte Ausrichtung auf Nachhaltigkeit aus und der Brundtland-Bericht positionierte das Konzept nachhaltiger Entwicklung in den Mittelpunkt globaler Entwicklungsdiskurse. Dieser diskursive Wandel wurde durch freiwillige Initiativen und marktorientierte Umweltschutzinstrumente erleichtert. Er hat technologische Innovationen wie erneuerbare Energien sowie sauberere Industrie- und Agrartechnologien gefördert, die die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Umwelt verringern. Solchen Ansätzen der Grünen Wirtschaft (green economy) ist es jedoch trotz ihrer erklärten Zielsetzung, kohlenstoffarmes Wachstum, Ressourceneffizienz und Umweltschutz mit sozialer Inklusivität und der Verringerung der Armut zu kombinieren, nicht gelungen, soziale Dimensionen in die nachhaltige Entwicklung zu integrieren.¹³

Der Klimawandel ist sowohl ein soziales und politisches Problem als auch ein ökologisches und ökonomisches. Sich auf enge ökonomische Lösungen wie die Einführung von Kohlenstoffmärkten oder Anreizen für Investitionen in saubere Technologien und deren Nutzung zu konzentrieren, wird dem integrativen und universellen Charakter der Agenda 2030 nicht gerecht. Die zur Realisierung wirklich nachhaltiger Entwicklungsmodelle notwendigen Veränderungen der Produktions- und Konsummuster stellen die vorherrschenden Ansätze in Frage, die in den industrialisierten Ländern des Nordens verfolgt wurden und für Aufholprozesse im Globalen Süden bestimmend waren. Diese Muster beruhen auf einer Logik der Maximierung von Wachstum, Gewinn und Konsum. Sie zu verändern, wird andere Denk- und Verhaltensweisen erfordern und letztlich strukturelle Veränderungen auslösen, die mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar sind. Bei strukturellen Veränderungen gibt es jedoch immer sowohl Gewinner als auch Verlierer. Reiche Länder verfügen eher als arme Länder über Ressourcen, die sie in die notwendigen Transformationen investieren und mit denen sie negativ Betroffene entschädigen können.

Politikansätze zur Bekämpfung der globalen Erwärmung und anderer Umweltprobleme müssen der mit dem Klimawandel verbundenen doppelten Ungerechtigkeit Rechnung tragen (Grafik Ü.8): dass diejenigen, die am meisten zu den derzeitigen Problemen beigetragen haben, am wenigsten von ihren unmittelbaren negativen Auswirkungen (wie Überschwemmungen, Dürren und so weiter) betroffen sind und dass sie am wahrscheinlichsten über die Ressourcen verfügen, um diese Auswirkungen zu bewältigen und die höheren Preise für Produkte und

Dienstleistungen zu zahlen, die nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Kosten widerspiegeln. Gleichzeitig sind sie häufig besser positioniert, die Früchte neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten zu ernten, die aus Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen erwachsen. Kosten und Nutzen fallen nicht nur je nach Landeskontext unterschiedlich aus, sondern auch abhängig davon, ob eine Person in ihrer Gesellschaft einer privilegierten oder weniger privilegierten oder ausgeschlossenen Gruppe angehört.¹⁴

Forschungsergebnisse von UNRISD lassen darauf schließen, dass zur Umsetzung der Agenda 2030 Maßnahmen und institutionelle Reformen, die eine ökosoziale Wende fördern, dringend ausgeweitet und verbessert werden müssen. In diesem Prozess können die Integration ökosozialer Politik (siehe Kasten Ü.3) sowie alternative Produktions- und Konsummuster wie die SSÖ dazu beitragen, Spannungen zwischen unterschiedlichen SDGs und Akteuren zu überwinden. Aus der Forschung ergeben sich die nachstehend aufgeführten Konsequenzen für die Politik auf der nationalen und globalen Ebene:

- Der Klimawandel muss als ein soziales und politisches Problem begriffen werden; ihm sollte mit ökosozialen Politiken in Übereinstimmung mit einer umgekehrten normativen Hierarchie entgegengewirkt werden, die sozialen und ökologischen Prioritäten einen höheren Stellenwert einräumt als wirtschaftlichen.
- Einen ökosozialen Ansatz zu verfolgen, kann den transformativen Wandel fördern, weil dabei den Verteilungskonsequenzen von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels (wie Preisanpassungen, wirtschaftlicher Umstrukturierung und Beschäftigungsveränderungen) entgegengewirkt werden kann.
- Maßnahmen, bei denen betroffene Bevölkerungen aktiv in die Planung und Durchführung einbezogen werden, sollten bevorzugt werden, weil Forschungserkenntnisse zeigen, dass sie zu besseren Ergebnissen führen.
- Für den Übergang zur Nachhaltigkeit wird es unentbehrlich sein, für die Energieversorgung gut funktionierende Lösungen zu finden – durch Technologien für erneuerbare Energien und innovative Konzepte, die beispielsweise gleichzeitig die Geschlechtergleichstellung und soziales Unternehmertum fördern.
- Die Politik muss ein förderliches Umfeld für soziale Innovation (einschließlich Verhaltensänderungen) bereitstellen, die derzeit meist auf der lokalen Ebene stattfindet. Dieses Umfeld sollte darauf abzielen, den Umweltschutz mit Strategien für die nachhaltige Existenzsicherung zu integrieren (beispielsweise durch SSÖ oder durch die Berücksichtigung der Care-Perspektive).

Inländische öffentliche Finanzierungsmittel zugunsten nachhaltiger Entwicklung mobilisieren

Die Mobilisierung inländischer Finanzierungsmittel (*domestic resource mobilization* – DRM) wird nicht nur von Bedeutung sein, um den riesigen Bedarf an Investitionen zu decken, die für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Verwirklichung der SDGs erforderlich sein werden, sondern auch, weil damit vielversprechende Wirkungen für den transformativen Wandel verbunden sind. Wenn die inländische Ressourcenmobilisierung erfolgreich betrieben wird, kann sie von erheblichem Nutzen für die Beziehung zwischen dem Staat und den Bürgern, wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sowie Umverteilung sein. Koalitionen für fortschrittliche Reformen, nach denen die Reichen im Verhältnis mehr zahlen als die Armen, sind eine Voraussetzung für transformative ökosoziale und fiskalische Verträge. Dies ist einfacher in Umfeldern mit größerer staatlicher Kapazität, in denen Verhandlungen über Ressourcen transparenter und inklusiver sind und in denen Finanzierungsabmachungen auf der nationalen Ebene durch solche auf der internationalen unterstützt werden, wodurch im letzteren Fall Ressourcen und Regulierung durch globale Akteure bereitgestellt werden.

Kapitel 6 behandelt die Umsetzung von SDGs.



Wesentliche Teile der Agenda 2030 könnten durch eine ernst gemeinte Verpflichtung zu transformativen Politikreformen umgesetzt werden. Es bedarf jedoch auch höherer finanzieller Investitionen. SDG 17 und die Aktionsagenda von Addis Abeba¹⁵ schlagen eine Reihe von Instrumenten zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in den nächsten 15 Jahren vor, wobei ein klarer Schwerpunkt auf inländische Mittel gelegt wird, ergänzt durch internationale Geberleistungen, Auslandsdarlehen und Zugang zu internationalen Kreditmärkten, ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und Handel. Bei der Betrachtung aller Ländereinkommensgruppen sind inländische Mittel und insbesondere öffentliche

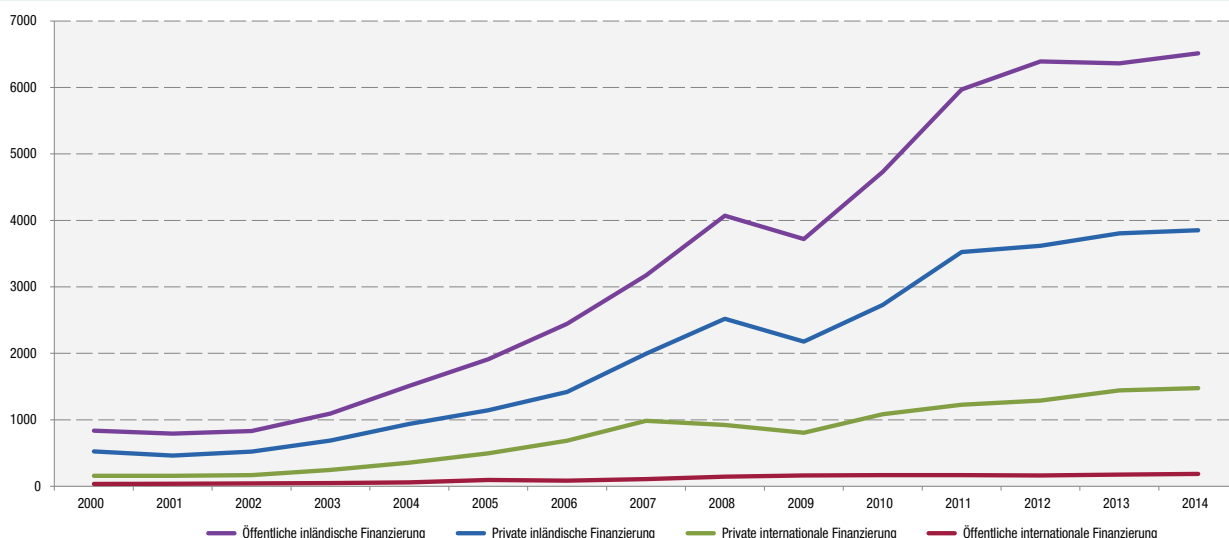
inländische Mittel bereits die wichtigste Quelle von Entwicklungsfinanzierung (Grafik Ü.9), und in vielen Entwicklungsländern finanzierten staatliche Einnahmen etwa 75 Prozent der Ausgaben im Zusammenhang mit den MDGs.¹⁶ Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Wende hin zu nachhaltiger Entwicklung erfordert jedoch noch viel größere Anstrengungen – nicht nur in ihrem Umfang, sondern auch hinsichtlich der Qualität der Finanzmittel.

Die Mobilisierung inländischer Finanzierungsmittel ist ein politischer Prozess, der Auseinandersetzungen und Verhandlungen beinhaltet und nicht einfach eine technische Maßnahme darstellt.¹⁷ Die inländische Ressourcenmobilisierung kann zu transformativem Wandel beitragen, wenn sie Ressourcen und Macht in einer Weise umverteilt, die zu mehr Gleichheit führt; strukturelle Veränderungen der Wirtschaft fördert, die die nachhaltige Entwicklung begünstigen; die Beziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie ein Gefühl von Fairness und sozialer Gerechtigkeit stärkt; und wenn Mittel so verteilt werden, dass eine ökosoziale Wende unterstützt wird, die eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 sein wird.

Viele Länder konnten ihre inländischen Finanzierungsmittel in den letzten Jahren steigern und haben Finanzierungssysteme gerechter und die Ausgaben wirksamer und transformativer gestaltet. Die Überwindung von Hindernissen für die Mobilisierung von Mitteln umfasste Maßnahmen und Reformen, die das wirtschaftliche Umfeld verbesserten, indem sie beschäftigungsintensives Wachstum anregten und administrative Kapazität schufen, bisweilen unterstützt durch technologische Innovationen. Wichtige Erfolgsfaktoren waren politische Führungsqualität, breite Allianzen und die strategische Nutzung von Forschungsergebnissen und Informationen sowie die Verknüpfung von Einnahmenmobilisierung und Sozialpolitik durch die Erweiterung von Bürger- und Sozialrechten.

Während viele Länder mit mittlerem Einkommen ihr Steueraufkommen steigern, sind Länder mit niedrigem Einkommen noch mit größeren Hindernissen für die Ausweitung ihres Steuernetzes konfrontiert.¹⁸ Mehr Bürger in progressive Steuersysteme zu überführen, könnte die hohe Abhängigkeit dieser Länder von Unternehmenssteuereinnahmen und Entwicklungshilfe aus dem Ausland verringern. Dies wiederum könnte ihre Anfälligkeit für globale Krisen und Veränderungen des

Grafik Ü.9. Finanzierungstrends in Entwicklungsländern, 2000 – 2014 (Mrd. US-\$, in Preisen von 2013)



Hinweis: Unter *öffentlicher inländischer Finanzierung* werden hier die Gesamteinnahmen des Staates verstanden. Die Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors wurden als Indikator für *private inländische Finanzierung* verwendet. *Private internationale Finanzierung* ist die Summe von ausländischen Direktinvestitionen, dem Bestand an Aktien und Anleihen, Bankenkrediten und andere Krediten sowie Bargeldtransfers von Migranten in ihr Herkunftsland. *Öffentliche internationale Finanzierung* bezieht sich auf öffentliche Mittelflüsse insgesamt (Entwicklungshilfe und andere öffentliche Flüsse). Quellen: Das Diagramm ist eine Adaptation auf der Grundlage von ODI (Overseas Development Institute), DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), ECDDPM (European Centre for Development Policy Management), Universität Athen (Fakultät für Ökonomie, Abteilung für Internationale Ökonomie und Entwicklung) und Southern Voice Network. 2015. European Report on Development 2015: Combining Finance and Policies to Implement a Transformative Post-2015 Development Agenda. Mai. Brüssel: ODI, DIE, ECDDPM, Universität Athen und Southern Voice Network, S. 32. Quellen: Weltbank. 2016. Datenbank: World Development Indicators. <http://www.databank.worldbank.org/data/>. Eingesehen am 16. März 2016. OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2016. OECD.Stat: Geobook: Geographical Flows to Developing Countries. <http://www.stats.oecd.org>. Eingesehen am 11. März 2016. OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2016. OECD.Stat: Geobook: Deflators. <http://www.stats.oecd.org>. Eingesehen am 9. Juni 2016. IWF (Internationaler Währungsfonds). 2016. Datenbank: International Financial Statistics. <http://data.imf.org/>. Eingesehen am 11. März 2016. ICTD (International Centre for Tax and Development)/UNU-WIDER (Universität der Vereinten Nationen – Weltforschungsinstitut für Entwicklungsökonomie). 2016. Government Revenue Dataset, Januar 2016. <https://www.wider.unu.edu/project/grd-government-revenue-dataset>. Eingesehen am 11. März 2016.

Kasten Ü.6. Inländische Ressourcenmobilisierung und Rohstoffrenten in Bolivien

Gesellschaftliche Mobilisierung und Auseinandersetzungen um die Mobilisierung von inländischen Finanzierungsmitteln haben die Beziehungen zwischen dem bolivianischen Staat, den Bürgern, Investoren und Gebern stark verändert.^a Nach einem gescheiterten Versuch im Jahr 2003, die Staatseinnahmen durch die Einführung einer Einkommenssteuer für Gehaltsempfänger zu erhöhen, verstaatlichte der indigene Präsident Evo Morales 2006 den Erdöl- und Erdgassektor und ebnete damit den Weg für die stärkere Abschöpfung der Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung in einem Kontext steigender Energiepreise. Größere Haushaltsüberschüsse ermöglichten die Anhebung der Sozialausgaben, insbesondere in der Form allgemeiner Bargeldtransfers wie der Sozialrente *Renta Dignidad* und Unterstützung für Familien mit Kindern.^b

Weiter institutionalisiert wurde der zwischen der linksgerichteten Regierung und der bolivianischen Bevölkerung geschmiedete neue Gesellschaftsvertrag in der Verfassung von 2009, die Möglichkeiten für direkte Bürgerbeteiligung schuf und das Recht auf öffentliche Dienste und Einkommenstransfers umfasste. Geringere Abhängigkeit von externen Finanzflüssen einschließlich Entwicklungshilfe führte zu einer Veränderung der Beziehungen zwischen dem bolivianischen Staat und den Gebern. Dies spiegelt sich im Anteil öffentlicher Investitionen aus inländischen Mitteln wider, der zwischen 2005 und 2010 von 37,2 auf 66,5 Prozent stieg.

Wenngleich diese Verschiebung bei der Finanzierung zu positiven Entwicklungen wie größerem politischem Spielraum und weniger Abhängigkeit von volatilen externen Quellen führte, sind auch mehrere Risiken entstanden: Abhängigkeit von einem Wirtschaftsmodell, das auf fossilen Brennstoffen beruht, die für den Klimawandel verantwortlich sind; hohe Abhängigkeit des Staatshaushalts von den internationalen Gas- und Ölpreisen (die in der jüngeren Vergangenheit beträchtlich gefallen sind); Konflikte über die Einnahmenverteilung; und schleppende Entwicklung anderer wettbewerbsorientierter Sektoren der bolivianischen Wirtschaft, ein typisches Problem von Ländern, die von mineralischen Rohstoffen abhängig sind.^c

Hinweise: ^a UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2013. Contestation and Social Change: The Politics of Domestic Resource Mobilization in Bolivia. Project Brief Nr. 7. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/pb7>. Eingesehen im Mai 2016. ^b Daroca Oller, Santiago. 2016. Protesta Social y Movilización de Recursos para el Desarrollo Social en Bolivia. Working Paper 2016-3-S. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/daroca-pdrm. Eingesehen im Mai 2016. ^c Hujo, Katja (Hrsg.). 2012. Mineral Rents and the Financing of Social Policy: Opportunities and Challenges. Basingstoke: Palgrave Macmillan/UNRISD.

Geber- oder Investorenverhaltens senken. Parallel dazu könnte die Entwicklung eines Gesellschaftsvertrags auf der Grundlage der progressiven Besteuerung der Bürger die Beziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern sowie die staatliche Leistungsfähigkeit verbessern. Manche Länder, die von Einkünften aus natürlichen Ressourcen abhängig sind, insbesondere mineralischen Rohstoffen und Brennstoffen, haben ihren fiskalischen Handlungsspielraum zur Förderung universeller sozialpolitischer Maßnahmen genutzt. Bessere Ergebnisse werden jedoch durch die Volatilität der Einnahmen und die negativen Auswirkungen der Rohstoffwirtschaft auf die Umwelt und den strukturellen wirtschaftlichen Wandel erschwert (Kasten Ü.6).

Die Umsetzung der SDGs durch stärker transformative Konzepte für inländische Einnahmenpolitik zu finanzieren, kann durch die folgenden Maßnahmen unterstützt werden.

- Aktuelle und potenzielle Steuerzahler und andere wichtige Akteure müssen in transparente und inklusive Steuerverhandlungen einbezogen werden, die Verknüpfungen mit der Sozialpolitik herstellen. Sie müssen von den Regierungen Rechenschaft in Bezug auf die vereinbarte Verteilung und Zuweisung von Mitteln einfordern.
- Der Finanzierungsmix auf der nationalen Ebene sollte diversifiziert werden und auf Instrumente verzichten, die den in der Agenda 2030 ins Auge gefassten transformativen Wandel nicht unterstützen. Stattdessen müssen Finanzierungskonzepte Maßnahmen und Aktivitäten unterstützen, die eine ökosoziale Wende unterstützen.
- Auf der Grundlage makroökonomischer Politiken, die beschäftigungsintensives und nachhaltiges Wachstum sowie Strukturveränderungen begünstigen, und administrativer Kapazität sowie technologischer Innovationen, die den Steuervollzug erleichtern und Effizienz fördern, muss ein Umfeld geschaffen werden, das für die Mobilisierung von Finanzmitteln förderlich ist.
- Politische Abmachungen zur inländischen Mittelaufbringung müssen durch globale Übereinkünfte unterstützt werden, die in Ressourcen (Finanzierung und Schaffung von Kapazität) sowie Regulierung (beispielsweise zur Verhinderung von illegalen Finanzströmen, Steuerumgehung und Umweltschäden durch produktive Aktivitäten) resultieren.
- Zur Herbeiführung stärkerer Kohärenz mit nachhaltiger Entwicklung und der Vision von Partnerschaften in den SDGs müssen die globalen Governance-Systeme und insbesondere die internationale Finanzarchitektur reformiert werden.



Die ökosoziale Wende voranbringen: Governance und Politik

1.-Mai-Demonstration in Hamburg (Deutschland) zugunsten sozialer Rechte für alle und einer inklusiven Stadt auf der Grundlage von Solidarität

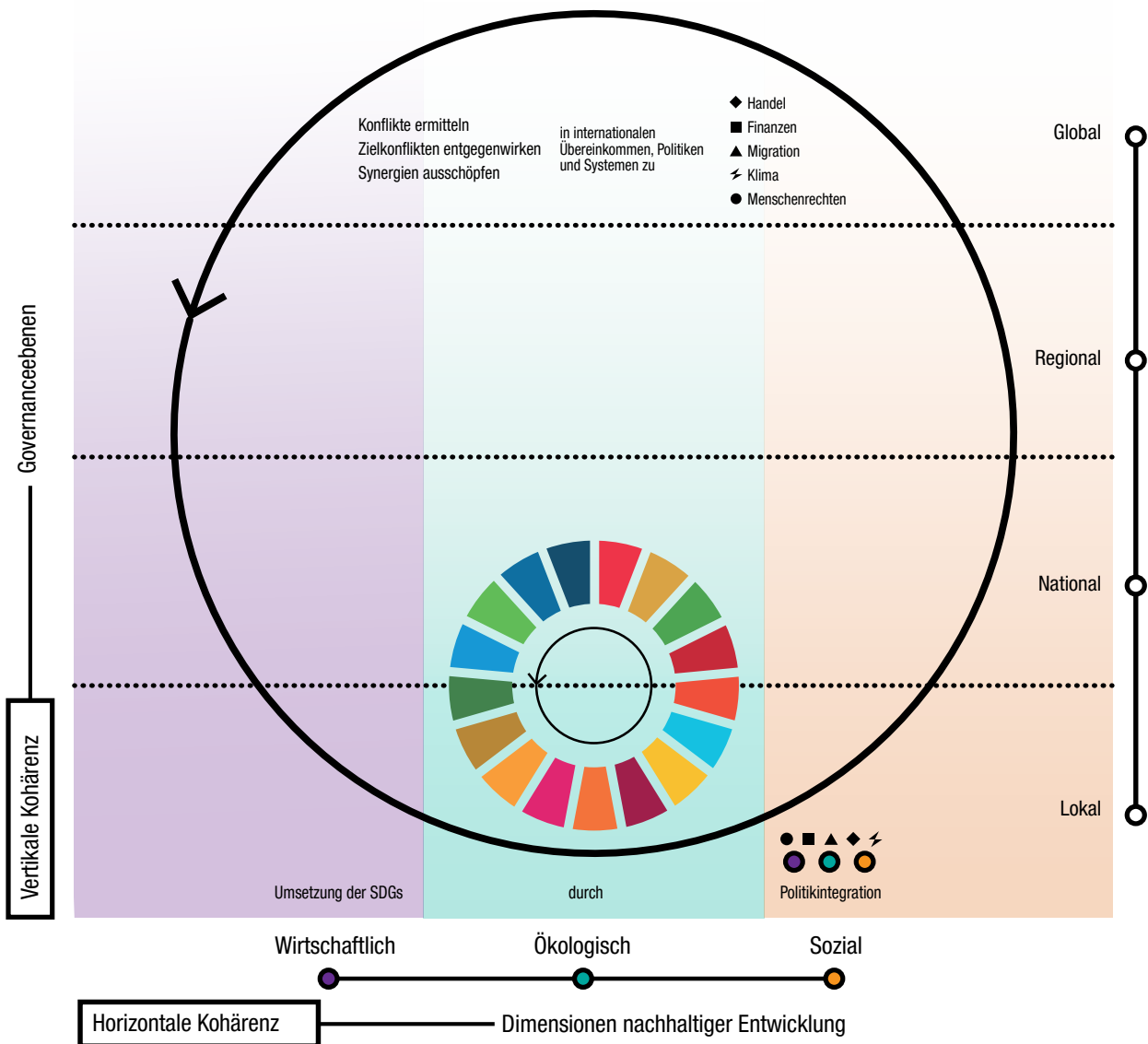
Transformativer Wandel auf der nationalen Ebene muss durch ähnliche Veränderungsprozesse auf der regionalen und globalen Ebene ergänzt werden. In den globalen Governance-Systemen sind jedoch große Ungleichgewichte – oder Politikinkohärenzen – feststellbar. Diese Systeme erleichtern tendenziell Handel, Finanzen und private Investitionen, während Ziele in Bezug auf sozialen Schutz und Umweltschutz sowie menschenwürdige Arbeit als nachrangig eingestuft oder gänzlich in Frage gestellt werden. Mehr Kohärenz bei der globalen Governance herbeizuführen, ist nicht nur einfach eine Frage verbesserter Koordinierung, sondern es handelt sich grundsätzlich um einen politischen Prozess. Innerhalb dieses Prozesses müssen das Mitspracherecht und der Einfluss von Akteuren mit weniger Macht, vulnerablen Gruppen und ärmeren Entwicklungsländern gestärkt werden. Reaktionen auf die in der Agenda 2030 enthaltene Forderung nach einer globalen Partnerschaft müssen über derzeitige Ansätze zu öffentlich-privaten Partnerschaften und Partizipation hinausgehen. Wichtig sind diesbezüglich soziale Innovationen, die es Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft ermöglichen, sich wirkungsvoller zu organisieren, zu mobilisieren und Teilhabe auszuüben.

Kapitel 7 behandelt die Umsetzung der SDGs.



Inwieweit die Agenda 2030 zu transformativem Wandel führen wird, hängt von ihrer erfolgreichen Umsetzung auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene ab. Die Umsetzung, die häufig mit fachlichen oder administrativen Aufgaben assoziiert wird, ist in erster Linie ein politischer Prozess, der Verhandlungen über konkrete Reformen zwischen unterschiedlichen Akteuren erfordert, weil unterschiedliche Optionen Kosten und Nutzen zwischen und innerhalb von Ländern unterschiedlich verteilen. Erst wenn Entscheidungen über die Fragen getroffen wurden, wie die Agenda 2030 in nationale Entwicklungspläne integriert werden soll und welche Positionen in Bezug auf grenzüberschreitende oder globale

Grafik Ü.10. Verwirklichung von Politikkohärenz in der Agenda 2030



Anliegen verteidigt werden sollen, gewinnt die administrative Kapazität an Bedeutung. Unabhängig davon erfordert die erfolgreiche Durchführung von Reformen die kontinuierliche Mobilisierung von Ressourcen und politischer Unterstützung, die sinnvolle Partizipation von Akteuren und Bürgern sowie transparente und inklusive Prozesse, wenn es zu Spannungen und Zielkonflikten kommt.

Spannungen und Zielkonflikte können antizipiert werden, wenn sorgfältig auf die Kohärenz der Agenda 2030 geachtet wird: horizontale Kohärenz in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Säulen; und vertikale Kohärenz zwischen der nationalen Ebene und globalen Governancesystemen in Bereichen wie Finanzen, Handel, Klimawandel, Migration oder Menschenrechte (Grafik Ü.10). Obwohl horizontale Kohärenz auf der nationalen Ebene schwer zu verwirklichen ist, kann

sie durch Politikintegration und verbesserte sektorale Koordinierung unterstützt werden. Die Herstellung von vertikaler Kohärenz ist ein noch schwierigeres Unterfangen, weil daran eine größere Gruppe von Akteuren beteiligt ist und sie erfordert, dass globale Institutionen reformiert werden. Ein kritischer Blick auf bestehende Systeme für Welthandel, Finanzen, Klima, Menschenrechte und Migration offenbart nicht nur beträchtliche Fragmentierung, Defizite und Durchsetzungsprobleme, sondern auch die Reproduktion und Verstärkung bestehender Machtasymmetrien zwischen Norden und Süden sowie zwischen Reich und Arm.

Wenngleich internationale Entwicklungsinstitutionen und -rahmen mittlerweile die Notwendigkeit von Partizipation allgemein anerkennen, wird sie in der Praxis häufig zur bloßen Konsultation ausgewählter Akteure reduziert, deren Weltanschauungen und Reformvorschläge

als „vernünftig“ eingestuft werden. Wenn die weniger Mächtigen an Mitsprache und Einfluss gewinnen sollen, muss ihnen ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Dies umfasst verschiedene Formen der Artikulation von Widerspruch und Forderungen durch Proteste, Interessenvertretung, Lobbyarbeit, Monitoring, öffentliche Anprangerung, kritische Forschung und Verhandlungen.¹⁹ Außerdem erfordert die Ausweitung von Macht die Neuverknüpfung des politischen Prozesses nicht nur mit ausgewählten Experten aus der Zivilgesellschaft und mit nichtstaatlichen Organisationen, sondern auch mit sozialen Bewegungen und Bewegungen für globale Gerechtigkeit auf der nationalen und transnationalen Ebene.²⁰ Akteure der Zivilgesellschaft vergrößern ihre politische Wirkung durch verschiedene Formen sozialer Innovation, indem sie beispielsweise: Probleme so formulieren, dass sich ein größeres Publikum angesprochen fühlt; sich vernetzen sowie Koalitionen und Allianzen aufbauen; auf eine breite Palette von Handlungsmöglichkeiten zurückgreifen und dafür sowohl Insider- als auch Außenseitertaktiken nutzen; strategische Zugangspunkte zum politischen Prozess schaffen; und die notwendigen Fachkompetenzen entwickeln, um Einfluss auf Politiker und andere Entscheidungsträger auszuüben.²¹

Akteure und Netzwerke der Zivilgesellschaft haben eine zentrale Rolle bei der Gestaltung eines wichtigen neuen Felds transnationaler regulatorischer Reformen im Bereich der Normensetzung gespielt, die auf die Förderung der sozialen (und ökologischen) Verantwortung von Unternehmen sowie Aspekte der unternehmerischen Verantwortung im Zusammenhang mit Transparenz, Rechenschaftslegung und Korruptionsbekämpfung abzielen.²² Nichtregierungsorganisationen haben häufig eine Führungsrolle in den Governancestrukturen von Initiativen, die eine Vielzahl von Akteuren einschließen, wie dem Globalen Pakt (Global Compact) der Vereinten Nationen, der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), dem Forest Stewardship Council und anderen Runden Tischen zum Thema Rohstoffe, übernommen oder daran mitgewirkt. Wenngleich solche Initiativen dazu beigetragen haben, im Rahmen der Globalisierung aufgetretene Governancedefizite zu beseitigen, ist ihre regulatorische Wirkung häufig recht schwach, insbesondere unmittelbar nach ihrer Etablierung. Die synergistische Kombination von Druck von innen und von außen hat jedoch dazu geführt, dass sich die Normen und Verfahren, für die sie werben, im Lauf der Zeit mehr und mehr durchsetzen.

Die Umsetzung der Agenda 2030 wird von der Verbesserung nationaler und internationaler Governance sowie inklusiven politischen Prozessen profitieren. Politiker werden ermutigt:

- zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Kohärenz der Agenda 2030 Zielkonflikte und Ungleichgewichte bei Entwicklungszielen und in Regulierungssystemen zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken;
- die normative Hierarchie in der internationalen Governance neu auszurichten, sodass die Dominanz wirtschaftlicher Interessen der Priorisierung sozialer und ökologischer Zielsetzungen weicht;
- ökosoziale Politiken zu entwickeln und umzusetzen, einschließlich nachhaltiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit förderlich sind; Investitionsanreize, die ökologisch und sozial nachhaltige Aktivitäten belohnen; sozialpolitische Maßnahmen, die soziale und ökologische Zielsetzungen kombinieren; sowie ökologischer Normen, die soziale und klimabedingte Ungerechtigkeiten korrigieren;
- nationale und internationale Regulierungssysteme zu entwerfen, die transnationale Unternehmen und Finanzinstitutionen zur Rechenschaft ziehen, sodass diese die Menschenrechte achten, nationale Steuergesetze einhalten und Umweltschäden vermeiden;
- starke institutionelle Kapazität für die Führung und Evaluierung öffentlich-privater Partnerschaften zu entwickeln sowie Partnerschaften mit Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft aufzubauen;
- die politische Stärkung und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft auf der nationalen Ebene und transnational zu fördern und echte Möglichkeiten für Partizipation zu schaffen, die darüber hinausgehen, lediglich „einen Platz am Tisch zu haben“.

Wege zu transformativem Wandel: ein Aktionsprogramm

Die in diesem Bericht dargelegten Forschungsergebnisse verweisen auf eine übergreifende Schlussfolgerung: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung kann nur verwirklicht werden, wenn der Umsetzungsprozess zu transformativem Wandel führt, der den zugrunde liegenden Ursachen ungerechter und nicht nachhaltiger Entwicklung entgegenwirkt. Transformativer Wandel erfordert deshalb grundlegende Veränderungen der sozialen Beziehungen und Institutionen, sodass sich diese durch bessere Inklusion und Chancengerechtigkeit auszeichnen, sowie die Umverteilung von Macht und wirtschaftlichen Ressourcen.

Aus den institutionellen, politischen, sozialen, technologischen und konzeptionellen Innovationen, die sich in den letzten Jahren in den Bereichen Sozialpolitik, Sozialpolitik, Sozial- und Solidarökonomie, Klimawandel, Mobilisierung inländischer Finanzierungsmittel und Governance entwickelt haben und in diesem Bericht untersucht wurden, lässt sich viel lernen. Viele beachtenswerte Innovationen, denen Veränderungen des globalen Entwicklungsdiskurses und der Entwicklungspolitik zugrunde lagen, entstanden in Entwicklungsländern. Wenngleich Fortschritte erzielt wurden, zeigt sich jedoch auch, dass nicht alle Innovationen ihr Transformationspotenzial ausschöpfen. Sie können makroökonomischen oder anderen Politiken übergestülpt werden, die auf dem Prinzip „Weiter wie bisher“ beruhen, oder ihre Durchführung wird vielleicht durch Ressourcenbeschränkungen oder bürokratische Trägheit untergraben. Möglicherweise gelingt es ihnen dabei auch nicht, sich politische Unterstützung zu sichern oder die Innovationen auf die für Nachhaltigkeit im Zeitverlauf notwendige Ebene der Institutionalisierung zu heben.

Die soziale Wende, die in den 1990er Jahren einsetzte und in der Praxis die Aufmerksamkeit vor allem auf die Armutsverringerung lenkte, resultierte nicht in den notwendigen Transformationen zur nachhaltigen Entwicklung, weil die Sozialpolitik häufig als ein Anhang und Korrektiv zur konventionellen neoliberalen Wirtschaftspolitik begriffen wurde. Sie sollte negative soziale Auswirkungen abschwächen, während die Machtasymmetrien und Ungleichheiten mehr oder weniger unangetastet blieben. In Fällen, in denen ehrgeizige Anstrengungen unternommen wurden, Bürgerschaftsregime und Entwicklungsansätze zu verändern, stellten sich in

der Tat sichtbare Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen ein. Die größte Aufgabe für die Zukunft besteht darin, die soziale Wende aufrechtzuerhalten und zu stärken und sie zu einer ökosozialen Wende auszuweiten. Dies macht es notwendig, die normative Hierarchie bei der heutigen Politikgestaltung auf den Kopf zu stellen, sodass soziale und ökologische Gerechtigkeit zu übergeordneten Anliegen bei jeglicher Politikgestaltung werden und echte Transformation zur nachhaltigen Entwicklung verwirklicht werden kann.

Dieser Bericht zeigt, dass es sich bei den Innovationen, die den transformativen Wandel zur nachhaltigen Entwicklung vorangetrieben haben, um solche handelt, die: auf universellen und auf Rechten basierenden Politikansätzen gründen; normative Hierarchien innerhalb integrierter Politikrahmen umkehren; Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Aktivitäten wieder in soziale und ökologische Normen einbetten; und wahrhaft partizipatorische Ansätze der Entscheidungsfindung fördern.

Tabelle Ü.1 fasst die Konsequenzen für die Politikgestaltung aus den sechs Bereichen zusammen, die in diesem Bericht untersucht wurden und die wesentliche Auswirkungen auf die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 und die Verwirklichung der SDGs haben können. Sie sind Ausgangspunkte für einen längeren Prozess des Verstehens und der Gestaltung weiterer politischer Handlungskonzepte und Reformen, die benötigt werden, um die ökosoziale Wende herbeizuführen. Politikimplikationen müssen an spezifische Kontexte angepasst werden, und in lokale, nationale, regionale und globale Entwicklungsstrategien übersetzt werden. Dies muss auf der Basis von inklusiven und transparenten öffentlichen Debatten geschehen, die sowohl eine sinnvolle Teilnahme als auch kritische Auseinandersetzung und Verhandlungen erlauben, sowie inklusive Entscheidungsprozesse zur Bewältigung potenzieller Spannungen und Zielkonflikte. Maßnahmen und Reformen werden nach ihrer Durchführung evaluiert und in Bezug auf ihr Transformationspotenzial beurteilt werden müssen: ob sie die zugrunde liegenden Ursachen von Armut, Ungleichheit und nicht nachhaltigen Praktiken angehen und zu inklusiveren, gerechten und nachhaltigen Gesellschaften führen. Um sicherzustellen, dass die Prozesse des transformativen Wandels, die die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der Verwirklichung der SDGs vorantreiben werden,

Tabelle Ü.1. Politikgestaltung zugunsten transformativen Wandels

| Sozialpolitik | Sorgepolitik | Sozial- und Solidarökonomie (SSÖ) |
|--|--|--|
| Förderung innovativer Politiken, die soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz zusammenführen und sie gegenüber dem Wirtschaftswachstum priorisieren | Förderung des sozialen Dialogs zwischen sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft | Monitoring und Evaluierung der staatlichen Unterstützung der SSÖ zum Schutz und zur Erweiterung ihres Transformationspotenzials |
| Förderung der Universalisierung mit Hilfe von Sozialpolitik, Rechtsrahmen, Formalisierung, partizipatorischen Ansätzen und nachhaltiger Finanzierung | Stärkung der institutionellen Koordinierung zum Thema Pflege und Betreuung zwischen den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherung | Einrichtung von Foren, die die Partizipation von SSÖ-Akteuren an Entscheidungsprozessen fördern und institutionalisieren |
| Förderung eines auf Menschenrechten basierenden Ansatzes zur Gestaltung und Umsetzung von Sozialpolitik | Nachdrückliche Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Sorgepolitik | Unterstützung innovativer Finanzierungsquellen für SSÖ-Einheiten |
| Aufbau innovativer öffentlich-privater Partnerschaften, die Selbstbestimmung fördern | Förderung menschenwürdiger Arbeit für Pflege- und Betreuungskräfte | Schaffung förderlicher politischer Rahmenbedingungen für die SSÖ auf allen Ebenen |
| Unterstützung nationaler Sozialpolitik durch regionale und globale Sozialpolitik | Einbettung von Sorgepolitik in einen auf Menschenrechten basierenden Ansatz zur sozialen Sicherung | Erweiterung des Verständnisses von Politikkohärenz durch die Berücksichtigung der (potenziell hemmenden) Auswirkungen von makroökonomischer, Investitions-, Handels- und Fiskalpolitik auf die SSÖ |
| Entwicklung und Umsetzung fortschrittlicher ökosozialer Konzepte | | |

| Klimawandel | Mobilisierung inländischer Mittel | Governance |
|---|---|--|
| Einstufung des Klimawandels als ein soziales und als ein politisches Problem | Förderung transparenter, inklusiver und rechenschaftspflichtiger Finanzierungsverhandlungen mit engen Verknüpfungen zur Sozialpolitik | Verbesserung der horizontalen und vertikalen Kohärenz der Agenda 2030 |
| Entwicklung integrierter Politikrahmen, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit gegenüber Wirtschaftswachstum priorisieren, und Förderung ökosozialer Politiken | Diversifizierung des Finanzierungsmix für politische Maßnahmen und Präferenz für Instrumente, die die ökosoziale Wende fördern | Umkehr der normativen Hierarchie der internationalen Governance, sodass soziale und ökologische Zielsetzungen an der Spitze stehen |
| Korrektur ungerechter Verteilungseffekte im Zusammenhang mit dem Klimawandel und umweltverträglichem Wirtschaften | Schaffung förderlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und staatlicher Kapazität für die Mobilisierung von Finanzierungsmitteln | Förderung ökosozialer Politiken und nachhaltiger Wirtschaftspolitik und Korrektur von Klimaungerechtigkeiten |
| Einbindung betroffener Bevölkerungen in partizipatorische Entscheidungsprozesse | Unterstützung nationaler Finanzierungsabmachungen durch globale Übereinkünfte mittels besserer Regulierung (von illegalen Finanzströmen, Steuerumgehung, schädlichen Investitionen), Governance und Zugang zu Ressourcen (Finanzierung, Schaffung von Kapazität und Bereitstellung von Informationen) | Aufbau neuer und Stärkung bestehender Regulierungssysteme für multinationale Unternehmen und Finanzinstitutionen |
| Berücksichtigung dezentralisierter Formen der Energieversorgung mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energieformen und anderer gut funktionierender Lösungen im Bereich der Energieversorgung | | Entwicklung der institutionellen Kapazität für die Führung und das Monitoring öffentlich-privater Partnerschaften |
| Unterstützung eines Förderumfelds für soziale Innovation, das ökologische und sozioökonomische Strategien integriert | | Schaffung von Möglichkeiten für die sinnvolle Partizipation der Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen |

auf Forschungsergebnissen, Wissen und innovativen Ideen gründen, wird bedarfsorientierte, unabhängige, interdisziplinäre, vor Ort relevante Forschung in all diesen Themenbereichen notwendig sein.

Aus den in Tabelle Ü.1 gezeigten Konsequenzen für die Politikgestaltung lassen sich sechs allgemeine Grundprinzipien ableiten. Dieser Bericht schlägt die nachstehenden Handlungsanleitungen (Grafik Ü.11) für die politische

Praxis auf der nationalen und internationalen Ebene als Voraussetzungen für transformativen Wandel vor.

Politiker und Regierungen haben zwar eine zentrale Verantwortung, transformativen Wandel herbeizuführen, können dies jedoch nicht allein bewerkstelligen. Die Agenda 2030 ist eine Agenda von, durch und für alle Menschen, die sich explizit an eine Vielzahl von Akteuren einschließlich des Privatsektors, Organisationen der

Grafik Ü.11. Handlungsanleitungen zur Verwirklichung von transformativem Wandel



Wiedereinbettung

von Märkten in soziale und ökologische Normen durch die Erarbeitung von Politiken und den Aufbau von Institutionen, die die Wirtschaft dazu bringen, für die Gesellschaft zu arbeiten und planetarische Grenzen zu respektieren



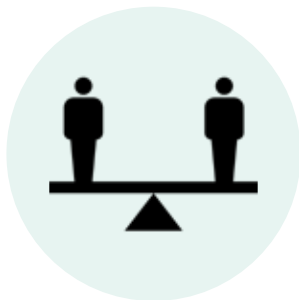
Umkehrung

der bestehenden normativen Hierarchie, um sozialen und ökologischen Prioritäten einen höheren Stellenwert einzuräumen als wirtschaftlichen; Erarbeitung integrierter sozial-, umwelt-, und wirtschaftspolitischer Konzepte zur Maximierung von Synergien und Kohärenz



Förderung

von und Befähigung zu sinnvoller politischer Partizipation und Selbstbestimmung durch inklusive und transparente politische Prozesse, Zugang zu Informationen und Aktivposten sowie Governancereformen auf der nationalen und internationalen Ebene



Gestaltung

von Politiken und institutionellen Rahmen nach Prinzipien von Universalität, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit



Übernahme

einer ökosozialen Sichtweise zur Ausarbeitung politischer Handlungskonzepte, die den Ressourcenverbrauch verringern, die Umweltzerstörung beenden und den Klimawandel bekämpfen



Investitionen

in Forschung zu innovativen Möglichkeiten der Ausarbeitung, Umsetzung und Evaluierung transformativer Konzepte für nachhaltige Entwicklung

Hinweis: Die Symbole in diesem Abschnitt stammen von Joris Millot, factor[e] design initiative, icon 54, David García, Hayley Warren, Iconathon.

Zivilgesellschaft, sozialer Bewegungen und internationaler Organisationen wendet. Diese Akteure müssen von der Politik auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene ergriffene Maßnahmen beeinflussen, überwachen, evaluieren und ergänzen, indem sie:

- ihre eigenen Entscheidungen und Aktivitäten an ökosozialen Prinzipien ausrichten;
- von Arbeitgebern, multinationalen Unternehmen, Finanzinstitutionen und Regierungen Rechenschaft einfordern;
- ihre eigenen Handlungsspielräume und ihr kreatives Potenzial entwickeln, um kontinuierlich Innovation zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu betreiben;
- für die Gleichverteilung von Mitspracherecht und Ressourcen innerhalb von Partnerschaften Überzeugungsarbeit leisten; der ungleichen Verteilung von Risiken, Kosten und Nutzen zugunsten privater Interessen vorbeugen; und sich aktiv um Möglichkeiten für neue und innovative Partnerschaften bemühen, wobei an vielen von diesen Gemeinschaften und Bürger beteiligt sein können; und
- sicherstellen, dass vulnerable Gruppen und treibende Kräfte für transformativen Wandel Entscheidungsprozesse wirksam beeinflussen können.

Die Umsetzung der Agenda 2030 ist für die internationale Gemeinschaft nicht nur eine Chance, sondern auch eine Herausforderung. Entscheidungen über alternative Wege zu transformativem Wandel müssen sowohl auf soliden Forschungsergebnisse als auch auf den normativen Werten von sozialer und Klimagerechtigkeit, Chancengleichheit und Inklusion beruhen. In Bezug auf die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen müssen alle teilnehmenden Akteure ihren Worten Taten folgen lassen und Visionen in sichtbare und messbare Veränderungen umsetzen. Voraussetzungen hierfür sind: Beseitigung von Machtasymmetrien und Ungleichheiten; Förderung von politischer Teilhabe und Selbstbestimmung; Veränderung internationaler Machtbeziehungen und globaler Governanceinstitutionen; Stärkung von Kleinunternehmen, ländlichen Erzeugern, Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft und – ganz besonders – SSÖ-Einheiten; sowie die Umkehr der Werte- und Normenhierarchien, die soziale und ökologische Ziele wirtschaftlichen Zielsetzungen unterordnen.

Endnoten

- 1 Koehler, Gabriele. 2016. „Looking Back and Looking Forward: The Case for a Developmental Welfare State“. In *Poverty and the Millennium Development Goals: A Critical Look Forward*, Hrsg.: Alberto Cimadamore, Gabriele Koehler und Thomas Pogge, 229–257. CROP Series. London: Zed Books. Fukuda-Parr, Sakiko. 2014. „Global Goals as a Policy Tool: Intended and Unintended Consequences“. *Journal of Human Development and Capabilities*, 15(2–3):118–131.
- 2 UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2010. *Combating Poverty and Inequality: Structural Change, Social Policy and Politics*. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/cpi. Eingesehen im Mai 2016. UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2015. *The Sustainable Development Agenda: From Inspiration to Action*. Beyond 2015 Brief Nr. 6. Genf: UNRISD. http://www.unrisd.org/b2015_6. Eingesehen im Mai 2016.
- 3 UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2015. *Research for Social Change—Transformations to Equity and Sustainability: UNRISD Strategy 2016–2020*. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/unrisd-strategy-2016-2020>. Eingesehen im Mai 2016.
- 4 <http://www.unrisd.org/flagship2016>.
- 5 UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2006. *Transformative Social Policy: Lessons from UNRISD Research*. Research and Policy Brief Nr. 5. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/rpb5. Eingesehen im Mai 2016.
- 6 Ortiz, Isabel, Matthew Cummins, Jeronim Capaldo und Kalaivani Karunanethy. 2015. The Decade of Adjustment: A Review of Austerity Trends 2010–2020 in 187 Countries. ESS Working Paper Nr. 53. Genf: IAO. <http://www.social-protection.org/gimi/gess/RessourcePDF.action?ressource.ressourceld=53192>. Eingesehen am 16. Februar 2016.
- 7 Esquivel, Valeria und Caroline Sweetman. 2016. „Introduction: Gender and the Sustainable Development Goals“. *Gender & Development*, 24(1):1–8. Gabizón, Sascha. 2016. „Women’s Movements’ Engagement in the SDGs: Lessons Learned from Women’s Major Group“. *Gender & Development*, 24(1):99–110.
- 8 UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2010. *Why Care Matters for Social Development*. Research and Policy Brief Nr. 9. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/rpb9. Eingesehen im Mai 2016.
- 9 Utting, Peter (Hrsg.). 2015. *Social and Solidarity Economy: Beyond the Fringe*. London: Zed Books/UNRISD.
- 10 Utting, Peter, Nadine van Dijk und Marie-Adélaïde Mathei. 2014. *Social and Solidarity Economy: Is There a New Economy in the Making?* Occasional Paper Nr. 10, Potential and Limits of Social and Solidarity Economy. <http://www.unrisd.org/utting-et-al>. Eingesehen im Mai 2016. UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2012. *Potential and Limits of Social and Solidarity Economy*. Project Brief Nr. 2. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/pb2. Eingesehen im Mai 2016.
- 11 Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika (Spanisch: *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*). Siehe UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2015. *New Alliances for Social Development: Mobilizing Resources in Nicaragua*. Project Brief Nr. 13. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/pb13. Eingesehen im Mai 2016.
- 12 UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2015. *Social and Solidarity Finance: Tensions, Opportunities and Transformative Potential*. Event Brief Nr. 2. Genf: UNRISD.
- 13 Cook, Sarah, Kiah Smith und Peter Utting. 2012. *Green Economy or Green Society? Contestation and Policies for a Fair Transition*. Social Dimensions of Green Economy and Sustainable Development, Occasional Paper Nr. 10. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/op-cook-et-al>. Eingesehen im Mai 2016.
- 14 Siehe beispielsweise Ian Gough. 2011. *Climate Change, Double Injustice and Social Policy: A Case Study of the United Kingdom*. Social Dimensions of Green Economy and Sustainable Development, Occasional Paper Nr. 1. Genf: UNRISD. <http://www.unrisd.org/op-gough>. Eingesehen im Mai 2016.
- 15 VN (Vereinte Nationen). 2015. *Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung*. New York: VN. <http://www.un.org/depts/german/gv-69/band3/ar69313.pdf>. Eingesehen am 3. November 2016.
- 16 Development Initiatives. 2015. *Improving ODA Allocation for a Post-2015 World: Targeting Aid to Benefit the Poorest 20% of People in Developing Countries*. http://devinit.org/wp-content/uploads/2015/01/DI_UN_Improving-ODA-allocation-for-a-post-2015-world_21-January-20151.pdf. Eingesehen am 29. Januar 2016.
- 17 Hujo, Katja. 2015. „Destination: Socially Sustainable Development. Will Addis Lead the Way?“ UNRISD Think Piece, The Road to Addis and Beyond: Financing for Social Development Series, September. www.unrisd.org/road-to-addis-hujo. Eingesehen im Mai 2016. UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung). 2012. *The Politics of Domestic Resource Mobilization for Social Development*. Project Brief Nr. 1. Genf: UNRISD. www.unrisd.org/pb1. Eingesehen im Mai 2016.
- 18 Moore, Mick. 2013. *Obstacles to Increasing Tax Revenues in Low Income Countries*. International Centre for Tax and Development and UNRISD Working Paper 2013–15. Brighton: ICTD at IDS. <http://www.ictd.ac/index.php/ju-download/2-working-papers/84->

obstacles-to-increasing-tax-revenues-in-low-income-countries.
Eingesehen am 11. März 2016.

- 19 Reed, Darryl, Peter Utting und Ananya Mukherjee-Reed (Hrsg.). 2012. *Business Regulation and Non-State Actors. Whose Standards? Whose Development?* Abingdon: Routledge/UNRISD.
- 20 Utting, Peter, Shahra Razavi und Rebecca Varghese Buchholz (Hrsg.). 2012. *The Global Crisis and Transformative Social Change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan/UNRISD.
- 21 Cagna, Paola und Nitya Rao. 2016. „Feminist Mobilization for Policy Change on Violence against Women: Insights from Asia“. *Gender and Development*, 24 (2): 277-290.
- 22 Reed, Darryl, Peter Utting und Ananya Mukherjee-Reed (Hrsg.). 2012. *Business Regulation and Non-State Actors: Whose Standards? Whose Development?* Abingdon: Routledge/UNRISD.

Forschung und Text von Katja Hujo (Kordinatorin und leitende Autorin), Harald Braumann, Valeria Esquivel, Dunja Krause, Pascal van Griethuysen, Peter Utting und Ilcheong Yi. Infografiken von Sergio Sandoval. Redaktion und Produktion des Überblicks durch die UNRISD Communications and Outreach Unit auf der Grundlage eines Entwurfs von Phoenix Design Aid. Übersetzung der deutschen Fassung: Klaus Birker.

Bildnachweise (in der Reihenfolge in der Veröffentlichung)

Titel: *2016 - Mexiko - Pachuca - Painted Ladies* von Ted McGrath; Ohne Titel aus der Fotosammlung der Weltbank; *Development stories from Europe and Central Asia* von Elijah Hurwitz, mit freundlicher Genehmigung von UNDP Republik Moldau; *Coffee handlers in Timor* von Martine Perret, UN Photo; *Haitian Students Breathe New Life into Depleted Pine Forest* von UN Photo; *Untitled* von Fosim; *Mayday Demonstration* von Rasande Tyskar; *Silos* von Heather. Alle Fotos stehen über Flickr unter einer Creative-Commons-Lizenz.



Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind eine globale Verpflichtung zur „Transformation unserer Welt“ und zur Beseitigung von Armut in allen ihren Formen überall. Die Herausforderung besteht jetzt darin, diese Vision in die Tat umzusetzen.

Innovative Politik für transformativen Wandel, der UNRISD Flagship-Bericht 2016, hilft, die Komplexitäten der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in einzigartiger Weise aufzulösen, indem er sich auf die Innovationen und Wege zur Politikveränderung konzentriert und dabei analysiert, welche Politiken und Vorgehensweisen zu sozialer, ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit führen.

Der Bericht greift zahlreiche Politikinnovationen aus dem Süden auf, geht über Schlagworte hinaus und liefert der Entwicklungsgemeinschaft eine Definition von Transformation, die als Maßstab für die Politikgestaltung bei der Umsetzung der Agenda 2030 verwendet werden kann, die „niemanden zurücklassen“ soll. Aufbauend auf fünf Jahren Forschung von UNRISD zu den sechs Themenbereichen Sozialpolitik, Sorgpolitik, Sozial- und Solidarökonomie, ökosoziale Politik, Mobilisierung inländischer Finanzierungsmittel sowie Politik und Governance untersucht der Bericht, was transformativer Wandel für Gesellschaften und Individuen wirklich bedeutet.

Der vollständige englischsprachige Bericht findet sich unter www.unrisd.org/flagship2016.